



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND DIE INTERNATIONALE FINANZKRISE ROLLE DES STAATES IN DER ENERGIEWIRTSCHAFT

■ PRESSESTIMMEN		
Finanzkrise in Russland		2
■ STATISTIK		
Kennziffern zur Entwicklung der russischen Finanzmärkte		9
<hr/>		
■ ANALYSE		
Mehr Staat und mehr Markt? Die Quadratur des Kreises in der russischen Öl- und Gasindustrie		12
Von Heiko Pleines, Bremen		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Staatsanteile an der russischen Erdöl- und Erdgasförderung		16
Gaspreise		17
■ ANALYSE		
Die Reform der russischen Elektrizitätswirtschaft		18
Von Julia Kusznir und Heiko Pleines, Bremen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistiken und Daten zur russischen Elektrizitätswirtschaft		22
■ UMFRAGE		
Die Haltung der russischen Bevölkerung zur Reform der Elektrizitätswirtschaft		26
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 18. September bis zum 2. Oktober 2008		28



Pressestimmen

Finanzkrise in Russland

1. Was ist passiert?

Handelsblatt (Düsseldorf), 22.09.2008

Russlands Regierung stoppt den Finanzkrach

[...] Die Börsen in Moskau erlebten ihren tiefsten Sturz seit der Finanzkrise von 1998. Seit den Höchstständen im Sommer hatten die beiden Indizes, der in Dollar notierte RTS sowie der in Rubel handelnde Micex, bis Ende vergangener Woche mehr als 50 % eingebüßt. Die russische Finanzaufsicht musste den Handel für zwei Tage unterbrechen. Am Freitag wurde der Handel erneut unterbrochen – diesmal jedoch, weil die Kurse in den Himmel schossen. [...]

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/russlands-regierung-stoppt-den-finanzkrach:2045387;0>

Kommersant Dengi (Moskau), 22.09.2008

Spekulation mit der Panik

[...] Am 17. September wurde der Handel erstmals seit 1998 auf Anweisung der Regulierungsbehörde an zwei russischen Börsen, RTS und Micex, gleichzeitig unterbrochen. Dabei waren die Börsen an diesem Tag gerade erst zwei Stunden geöffnet. [...] Der Konkurs von Lehman Brothers und die selektive Herangehensweise der Finanzbehörden an die Rettung der sich in der Krise befindenden großen Unternehmen haben das Vertrauen an den Börsen der Welt erschüttert. [...] Als Resultat dieser Erschütterung stiegen die Interbankenzinssätze nach oben. [...] Nach einem derartigen Anstieg der Zinssätze auf dem weltweiten Interbankenmarkt sind bei den Investoren berechtigte Zweifel an den Möglichkeiten russischer Banken und Unternehmen aufgekommen, ihre Schuldverschreibungen, die sich unterschiedlichen Angaben zufolge auf 60 bis 200 Mrd. USD belaufen, absichern zu können. Und da es zu diesem Zeitpunkt kein klares Signal von den russischen Finanzbehörden gegeben hat, dass der Staat bei Liquiditätsengpässen helfen würde, bekam die Ablehnung der russischen Wertpapiere den Charakter eines panischen Ausverkaufs. [...] Am nächsten Tag wiederholte sich die Situation. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?DocSID=1029427>

Kommersant (Moskau), 17.09.2008

Weder geben noch nehmen

Die Situation auf dem Bankenmarkt wächst sich zu einer Vertrauenskrise aus – ungeachtet des akuten Mangels an Finanzmitteln setzen die Banken die Limits auf dem Markt der Interbankenkredite herab und einige sind nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Gestern verkündete die Bank KIT Finance ihre Unfähigkeit, mit den Vertragspartnern abzurechnen, auf dem Markt sind Gerüchte über ihren Konkurs im Umlauf. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=ef571b14-e1d3-4b19-9a4d-d5cd11d40e7d&docsid=1027204>

Wedomosti (Moskau), 18.09.2008

KIT gerettet

Noch am Morgen teilte KIT Finance mit, dass sie in Verhandlung mit einem strategischen Investor steht. Am Abend wurde dessen Name verkündet. Es stellte sich heraus, dass es sich um UK Lider handelt, die gerade Verhandlungen über den Erwerb von Aktien dieser Bank, welche ihr die Kontrollmehrheit bringen, abschließt. Sowohl die Gazprombank als auch die Vneshtorgbank sind bereit, Lider das Geld dafür zur Verfügung zu stellen. In der Erklärung der Gazprombank wird von einem Kauf der gesamten 100 % der Aktien gesprochen. [...] »Es sind Lücken bei der Liquidität entstanden und damit eine Vertrauenskrise«, klagte Winokurow (*Hauptaktionär von KIT Finance – Red.*). »Wir haben uns als eines der schwächsten Glieder des Systems erwiesen.«

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/18/161609>

Wedomosti (Moskau), 30.09.2008

Verzicht auf 700 Milliarden USD

Die Krise sei aus Amerika nach Europa gekommen und habe sich weiter verbreitet, so der Trader von Trojka Dialog, Timur Nasardinow, zur gestrigen Lage an den globalen Börsen. Aktienkurse und Rohstoffpreise gehen nach unten, sagt Dmitri Krjukow von Kazimir Partners. Die Wertpapiermärkte in Europa haben gestern 4 bis 5 % eingebüßt. Der Grund dafür ist die Furcht davor, dass der am Wochenende in den USA vereinbarte 700-Milliarden-Dollar-Rettungsplan die Lage auf dem Markt nicht so schnell stabilisieren kann und die größten Banken in Europa verstaatlicht werden.

Die wichtigsten russischen Börsenindizes RTS und Micex haben an Wert verloren und die Marktkapitalisierung russischer Unternehmen ist stark gesunken. [...]

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/30/162971>

Wedomosti (Moskau), 29.09.2008

Wegen Repo-Krise arbeitslos

Die Krise der Rückkaufvereinbarungen, die Mitte September ausgebrochen war, kostete Alexander Potemkin, den Präsidenten von Micex, seinen Posten. Konstantin Korischtschenko, stellvertretender Vorsitzender der Zentralbank, wird Potemkins Nachfolge antreten. [...]

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/29/162781>

2. Gründe

Finanzminister Alexej Kudrin, 17.09.2008

Die weltweite Finanzkrise ist die Hauptursache für den Sturz des russischen Fondsmarktes, meint der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister der Russischen Föderation Alexej Kudrin. »Unsere Analyse hat ergeben, dass der Fall der Aktien-Indizes von China, Brasilien und anderen Schwellenländern wie Tschechien, Ungarn und der Ukraine praktisch übereinstimmen. Emerging Markets sind heute sehr eng mit den Finanzmärkten der Welt verbunden und es findet momentan ein proportionaler Abzug von Mitteln westlicher Investoren von unseren Märkten statt. [...]«, bemerkte Alexej Kudrin im russischen Informationssender Vesti. [...]

<http://minfin.ru/ru/official/index.php?afrom4=01.09.2008&ato4=23.09.2008&type4=&id4=6575>

Kommersant (Moskau), 17.09.2008

Die Verluste der Sommerzeit

[...] Der Niedergang wurde sowohl von externen Faktoren [...] als auch von russischen Ereignissen provoziert. Zuerst hat Ministerpräsident Wladimir Putin Kontrollen des Kartellamtes bei Mechel (*führendes Bergbau- und Montanunternehmen in Russland – Red.*) genehmigt. Dann spitzte sich die Situation um TNK-BP zu (*ein russisch-britisches Unternehmen, das Rohöl und Erdgas fördert und liefert – Red.*). Die Zunahme der innenpolitischen Risiken hat die Flucht ausländischen Kapitals aus Rubel-Aktiva verursacht. Und Anfang August begannen die Kampfhandlungen im georgisch-ossetischen Konflikt. Die Attraktivität des russischen Aktienmarktes nahm ab und die Preise an den Rohstoffmärkten fielen. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=1e4ff238-408e-4d5a-b568-b41c58e43fbf&docsid=1027102>

Handelsblatt (Düsseldorf), 08.09.2008

Georgien-Krise erschüttert Russlands Finanzmärkte

[...] Auslöser (*der Finanzkrise - Red.*) sind gefallene Rohstoffpreise und Interventionen der Zentralbank auf dem Devisenmarkt um den Rubel zu stützen. Dieser war auf den niedrigsten Stand seit einem Jahr gefallen. [...] Die Zentralbank in Moskau verkaufte Ende vergangener Woche zur Stützung des Rubels ausländische Devisen in »signifikantem Umfang«, sagte Alexej Uljukajew, der erste stellvertretende Vorsitzende der Bank. [...]

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/marktberichte/georgien-krise-erschuettert-russlands-finanzmaerkte;2034332>

Financial Times Deutschland (Hamburg), 20.09.2008

Gewinnwarnung für den Kreml

»Öffentlich wird das Bild vermittelt, es handele sich um ein amerikanisches Problem, das von außen auf uns wirkt«, sagt der russische Politologe Andrej Sagorskij vom Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau. [...] Erst verschreckten Eingriffe in die Privatwirtschaft Investoren. Zuletzt war es der Georgienkonflikt, der die ohnehin bestehenden Probleme von Banken und Firmen infolge der weltweiten Finanzkrise und der sinkenden Preise für Rohstoffe verschärfte. [...] Russland hängt wirtschaftlich extrem von Energieeinnahmen ab. Etwa 70 % der russischen Exporte sind Roh- und Brennstoffe. [...] »Der Regierung ist es nicht gelungen, die verarbeitende Industrie zu modernisieren. Doch nur solange die Einnahmen über die Rohstoffe fließen, ist auch das politische System stabil«, sagt Hans-Henning Schröder, Osteuropaexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Denn Putins Popularität basiert zum allergrößten Teil auf dem bisher hohen Wachstum.

http://www.ftd.de/boersen_maerkte/aktien/marktberichte/:Finanzkrise-Gewinnwarnung-f%C3%BCr-den-Kreml/415973.html

3. Folgen

Handelsblatt (Düsseldorf), 22.09.2008

Russlands Regierung stoppt den Finanzkrach

[...] Allerdings leidet Russland derzeit nicht nur unter der internationalen Finanzkrise. Auch der Georgienkrieg, das Vorgehen gegen Konzerne wie TNK-BP oder Mechel sowie der Fall des Ölpreises hatten das Vertrauen vieler Investoren erschüttert. Allein seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten im Kaukasus zogen Investoren rund 35 Mrd. Dollar ab. [...]

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/russlands-regierung-stoppt-den-finanzkrach;2045387;0>

Handelsblatt (Düsseldorf), 08.09.2008

Georgien-Krise erschüttert Russlands Finanzmärkte

[...] »In Zeiten drohender Sanktionen gegen Russland und erhöhter politischer Risiken ändern viele Investoren ihre Portfolios und konzentrieren sich auf andere Wachstumsmärkte«, sagt der Präsident des russischen Verbandes der Industriellen und Unternehmer, Alexander Schochin. Die russische Wirtschaft sei aber von ausländischem Kapital abhängig und hoffe deshalb auf eine baldige Rückkehr dieses Geldes. [...]

<http://www.handelsblatt.com/finanzen/marktberichte/georgien-krise-erschuettert-russlands-finanzmaerkte;2034332>

Finanzminister Alexej Kudrin, 15.09.2008

Der russische Vize-Premier und Finanzminister Alexej Kudrin hält den Abfluss von Kapital aus Russland nicht für besorgniserregend. »Das Finanzministerium und die Zentralbank kontrollieren den Umfang der Geldmenge und die Liquidität des russischen Marktes vollständig. In den letzten Monaten war der Abfluss minimal. Er war unbedeutender als im ersten Quartal«, erklärte er den Journalisten.

<http://minfin.ru/ru/official/index.php?afrom4=01.09.2008&ato4=23.09.2008&type4=&pg4=2&id4=6567>

Wedomosti (Moskau), 23.09.2008

Einfach Geld

Mit Ausnahme einer unbedeutend beschleunigten Inflation bedroht die Finanzkrise die einfachen Bürger in keiner Weise, erklärte Kudrin gestern in einem Interview mit dem Ersten Kanal. Seiner Aussage zufolge kann die Preissteigerung in der Jahresbilanz um ein bis zwei Prozentpunkte höher liegen als die prognostizierten 11,8 %. [...] Der wichtigste Inflationsfaktor ist die Erwartung der Verbraucher, meint Frau Osipowa (*Expertin der Stiftung für Wirtschaftsforschung »Zentrum der Entwicklung« – Red.*): Wenn sie entscheiden, dass die Banken instabil sind und es vorziehen, ihre Ersparnisse auszugeben, kann sich die Inflation auf 15 bis 16 % hochschaukeln. Aber aufgrund der instabilen Bedingungen streben die Menschen gerade an, zu sparen, bemerkt Osipowa. Nach Einschätzung von Osipowa und Gavrilenkova (*geschäftsführende Direktorin und Chefökonomin der Investmentgesellschaft »Troika-Dialog« – Red.*) werden die Preise in diesem Jahr um etwa 14 % steigen.

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/23/162103>

Wedomosti (Moskau), 23.09.2008

Ein Krisenstopp

Seit Sonntag hat sich die Prüfungsfrist für Kreditanträge von drei Tagen auf bis zu drei Wochen erhöht. Dies wurde gestern im Callcenter der Bank »Renaissance Capital (*eines der führenden Investment-Banking-Unternehmen in Russland – Red.*) einem Korrespondenten von Wedomosti mitgeteilt. Weiterhin wurde präzisiert, dass auch zusätzliche Informationen und Dokumente den Prozess nicht beschleunigen könnten. [...] »Eingedenk der jüngsten Ereignisse auf den Weltmärkten und in Russland konnten wir nicht umhin, Maßnahmen zur Sicherung unserer Position auf dem Markt zu ergreifen. Für die Zeit der Ungewissheit auf dem Markt haben wir beschlossen, unsere Kreditpolitik in Bezug auf einige Produkte zu überdenken«, bestätigt die Direktorin der Public Relations Abteilung der Renaissance Capital-Bank Julia Ostrouchowa. Ihre veränderte Kreditpolitik erklären auch andere Banken mit der Marktsituation.[...]

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/23/162142>

Kommersant (Moskau), 22.09.2008

»Unser wichtigstes Problem besteht darin, die Lage mit den größten russischen Investmentbanken zu klären.« (Präsident der russischen Versicherungsfirma Renaissance-Versicherung über Gründe und Folgen der Finanzkrise)

Unsere Wirtschaft wächst auf Kosten der Mittelschicht. Und wenn diese Mittelschicht jetzt kein Geld erhält, um sich weiterhin entwickeln zu können, wird die Wirtschaft aufhören zu wachsen. Warum ist es wichtig, dass die Zentralbank das Finanzsystem wieder funktionstüchtig macht? Sobald keine Kredite mehr vergeben werden, werden sich die mittelständischen Betriebe nicht refinanzieren können. Wenn sie kein Geld haben, werden sie sich weder versichern noch ihr Unternehmen weiterentwickeln. Viele von ihnen werden schließen. Sie alle leben von Fremdmitteln und wenn sie kein Geld haben, werden wir ein wirtschaftliches Problem bekommen. Es ist ein großer Mythos, dass das Wirtschaftswachstum in Russland auf Kosten des Erdöls stattfindet.

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=5d6d2878-3614-4717-bd7b-1880c94abab5&docsid=1029816>

Wedomosti (Moskau), 19.09.2008

Die Mücke hat den Elefanten gestochen

[...] Die Probleme des Finanzsektors können auf die Realwirtschaft übergreifen. Der Vorsitzende der Zentralbank Sergej Ignatjew hat sich vom Kampf gegen die Inflation losgesagt: vorrangig ist die Stabilität des Bankensystems. [...]

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/19/161767>

Wedomosti (Moskau), 19.09.2008

Das Finanzministerium ist unser Retter (Leitartikel)

[...] Die Besonderheit der gegenwärtigen Krise liegt in der aktiven Rolle des Finanzministeriums, das sich für die Banken als Kreditgeber in letzter Instanz erwiesen und damit die Zentralbank ersetzt hat. Der Liquiditätsgrad, den das Finanzministerium den Banken zur Verfügung stellt, ist nicht einfach nur gleichbedeutend mit dem der Zentralbank: Die Maßnahmen des Finanzministeriums haben sich als flexibler erwiesen und entsprechen den augenblicklichen Anforderungen besser. [...] Allerdings muss man zugeben, dass die Strategie des Finanzministeriums auch ihre Kehrseite hat: Es stellt den Banken Geld aus dem Haushalt zur Verfügung und riskiert damit, seinen Haushaltsverpflichtungen, wie der Auszahlung der Renten, der Finanzierung von Bauvorhaben usw., im Falle des Verlusts dieses Geldes nicht nachzukommen. Natürlich ist das Risiko nur ein hypothetisches. Es ist besser, wenn die Billionen aus dem Haushalt zugunsten der Finanzstabilität des Landes arbeiten, als wenn sie auf den Konten der Zentralbank einfach nur Staub fangen. Man darf nur nicht vergessen, dass die Summe, die das Finanzministerium bereit ist, den Banken zur Verfügung zu stellen (etwa 2 Trillionen Rubel aus vorübergehend freien Mitteln), bereits auf ein Viertel des gesamten Staatshaushalts angewachsen ist.

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/19/161757>

Kommersant (Moskau), 17.09.2008

Der Ölpreis sinkt

Für den russischen Staatshaushalt stellten nicht nur der Zusammenbruch der Börse und die Kreditprobleme, sondern auch der Rückgang des Ölpreises unangenehme Folgen der Finanzkrise dar. Gestern fielen die Preise für Ural-Öl auf 85,3 USD pro Barrel. Der stellvertretende Ministerpräsident Alexej Kudrin stellte fest, dass die Parameter des Haushaltsplans, der sich momentan in der Staatsduma befindet, bei einem weiteren Rückgang des Ölpreises neu berechnet werden müssen. Dieser basiert auf einem Preis von 78 USD pro Barrel. Bei einem Preis von weniger als 70 USD würden sich die Überschüsse des Haushalts in Defizite verwandeln.

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=bff066e5-ab8f-4ff8-9338-a457293bcd43&docsid=1027118>

4. Maßnahmen

Kommersant Dengi (Moskau), 22.09.2008

Man setzt auf Panik

Schon seit vier Monaten befindet sich der russische Wertpapiermarkt im Absturz. Seit Anfang September hat sich dieser Absturz noch weiter beschleunigt. Im Juli und August haben die russischen Finanzbehörden effiziente Maßnahmen ergriffen, um Liquiditätsengpässe auf dem Finanzmarkt zu überwinden. Unter anderem hat die russische Zentralbank weiteren Banken Lombardkredite gewährt. Ende August aber hat sich die Wirksamkeit dieser Maßnahmen schon erschöpft.

Im September griffen die Finanzbehörden zu Maßnahmen, die eher für die sowjetische Zeit kennzeichnend sind. Man verkündete, die russische Wirtschaft und der Wertpapiermarkt seien stabil. Dabei führte selbstverständlich kein Weg an den Feinden Russlands vorbei, an den USA also, wo tatsächlich eine Finanzkrise ausgebrochen war, die, so der russische Präsident Dmitri Medwedjew, allen anderen Schwierigkeiten bereitet hätte. Der russische Markt wollte aber etwas ganz anderes wissen. Er brauchte eine klare Antwort auf die Frage, ob die russische Regierung überhaupt jemanden retten wird, und falls ja, in welchem Umfang und von welchen Kriterien geleitet? Der Börsenhandel musste ausgesetzt werden, bevor man Antworten auf diese Fragen von der Regierung bekommen konnte. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?DocID=1029427>

Kommersant Wlast (Moskau), 22.09.2008

Längst überfällige Maßnahmen

Innerhalb von nur einer Woche ist die russische Regierung von Überlegungen, irgendwann vielleicht die Steuern zu senken, zu konkreten Geldspritzen für das Finanzsystem übergegangen. [...] Vom 16. bis zum 18. September haben die Zentralbank, das Finanzministerium und die russische Regierung der Bewilligung von Geldspritzen für den Finanzmarkt in Höhe von 3 Billionen Rubel zugestimmt, was 7 bis 8 % des russischen BIP ausmacht. Alexej Kudrin kündigte die beispiellose Maßnahme persönlich an: Die Ölsteuer, die Ölunternehmen für Ölexporte zahlen müssen, wird um fast ein Drittel reduziert. Dies ermöglicht den Unternehmen, innerhalb der zwei Monate, in denen diese Steuererleichterungen gelten, Einsparungen von etwa 5,5 Billionen USD (140 Billionen RUR). [...] Außerdem wird die Geldpolitik in den nächsten fünf Monaten milder sein. 1,5 Billionen Rubel werden den drei größten Banken – der Sberbank, der VTB Bank und der Gazprombank – als Einlagen aus dem Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. [...] Außerdem will der Staat zuerst mit 250 Millionen Rubel auf dem Wertpapiermarkt intervenieren und später gegebenenfalls weitere 250 Millionen nachfolgen lassen. Des Weiteren wird das Finanzministerium den Unternehmen Steuererleichterungen bei der Entrichtung der Mehrwertsteuer einräumen. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=ca10f634-9cb2-4025-a45e-f85848f9a355&docsid=1028263>

Finanzminister Alexej Kudrin, 17.09.2008

[...] »Wir haben die Situation auf dem Markt analysiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir vor allen Dingen die für das Finanzsystem wichtigen Banken zusätzlich unterstützen sollten. Sie werden ihrerseits dem Bankenmarkt helfen, indem sie mittelgroßen und kleinen Banken Kredite gewähren, die angesichts ihrer schlechteren Ratings und ihres kleineren Kapitals keinen direkten Zugang zu den Mitteln der Zentralbank haben«, sagte Finanzminister Kudrin.

<http://minfin.ru/ru/official/index.php?afrom4=01.09.2008&ato4=23.09.2008&type4=&id4=6575>

Wedomosti (Moskau), 19.09.2008

Das Finanzministerium ist unser Retter (Leitartikel)

Es ist unklar, warum die Zentralbank nicht wenigstens den dreißig größten Banken Kredite gewährleisten wollte und warum sie die Regeln der Kreditvergabe für die Banken nicht verändert hat. Jetzt haben die ausgewählten Banken Gelegenheit, gut dazuzuverdienen. Genau das war auch 2004 der Fall, als die VTB Bank dank einem Kredit der Zentralbank alle Privatkundenfilialen der Guta-Bank zu einem Spottpreis erworben hat. Damals hat die Zentralbank sich geweigert, die Guta-Bank finanziell zu unterstützen. Dafür hat sie aber der VTB Bank geholfen.

[...] Bankiers glauben, dass das Geld der Zentralbank auch diesmal nicht alle erreichen wird. Viele kleine und mittelgroße Banken sind von dem Prozess ausgeschlossen. Die Bereitstellung des Geldes ist für das Bankensystem insgesamt daher nur von begrenzter Effizienz. [...]

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/19/161757>

Wedomosti (Moskau), 23.09.2008

Finanzielle Unterstützung für Unternehmen

[...] »Ein Gesetzentwurf, nach dem ab nächsten Monat die zum Quartalsende fällige Mehrwertsteuer innerhalb von drei Monaten gezahlt werden kann, wird bald bei der Staatsduma eingereicht«, sagte Finanzminister Alexej Kudrin.

Dies würde die Unternehmen in der Krisenzeit unterstützen, sagte Ministerpräsident Wladimir Putin. Die Entrichtung der Steuern würde für sie milder und dadurch leichter zu leisten sein, so der Ministerpräsident. [...] Die Unternehmen freuen sich über diese Maßnahme. Sie vergrößere ihr Umsatzkapital, was sehr wichtig sei, wenn es bei der Kreditaufnahme zu Problemen komme, so Alexei Kulichenko, Finanzdirektor von Sewerstahl-Resurs, einem Tochterunternehmen von Sewerstahl im Bergbaubereich. Der Generaldirektor des russischen Goldförderers Polus Soloto jedoch bezweifelt die Effizienz dieser Maßnahme: »Sie ist zweifellos ein Vorteil, aber eher für die Banken.«

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/23/162100>

Wedomosti (Moskau), 22.09.2008

0,5 Billionen Rubel Stabilität

Der föderale Haushalt sieht 250 Billionen Rubel für einen Ankauf von Aktien führender russischer Unternehmen vor, der 2008 und 2009 getätigt werden soll. Gegebenenfalls könne diese Summe erhöht werden, so Ministerpräsident Wladimir Putin. »Vor allem kommen Unternehmen in Frage, an denen der russische Staat schon beteiligt ist, aber nicht nur die«, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Alexej Kudrin. [...] Es wäre besser, wenn der Staat in den Wertpapiermarkt gar nicht eingreifen würde, sagte ein Vertreter einer Föderalbehörde. Da würde der Staat eher schaden als nutzen. [...] Der Aktienkauf durch den Staat würde nur Profitmachern helfen, nicht aber den Unternehmen, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, so Sergej Moissew vom Wirtschaftsinstitut. [...]

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/22/161933>

Finanzminister Alexej Kudrin, 17.09.2008

Der Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Alexej Kudrin hält die Verwendung der Mittel aus dem russischen Reserve- bzw. Wohlfahrtsfonds zur Bekämpfung der Finanzkrise nicht für notwendig. Dem Fernsehsender »Westi« gegenüber äußerte er gestern, dass die Wahrscheinlichkeit einer solchen Verwendung des Geldes minimal sei. »Die Krise ist nicht so groß, als dass sie uns veranlassen würde, dieses Geld anzugreifen. Uns genügen die üblichen Mittel, die dem Finanzministerium und der Zentralbank zur Verfügung stehen«, so Kudrin. [...]

<http://minfin.ru/ru/official/index.php?afrom4=01.09.2008&ato4=23.09.2008&type4=&id4=6575>

5. Einschätzungen

Ministerpräsident Wladimir Putin, 22.09.2008

[...] Ich glaube, dass die Finanzbehörden sehr rasch auf die weltwirtschaftliche Situation reagiert und Maßnahmen ergriffen haben, die sich zweifelsohne positiv ausgewirkt haben. Wie wir alle wissen, hat sich die Lage auf den Märkten

ten stabilisiert. Der Wertpapiermarkt hat sich wieder erholt. Aber selbstverständlich müssen wir die Lage auf dem Markt auch weiterhin genau verfolgen.

Ich erinnere mich übrigens an Diskussionen, die wir in den letzten Jahren geführt haben. Damals fragte man oft: Wozu brauchen wir so viele Reserven? Jetzt haben wir die Antwort: Damit wir uns sicher fühlen. [...]

<http://www.government.ru/content/governmentactivity/mainnews/archive/2008/09/22/6565821.htm>

Finanzminister Alexej Kudrin, 17.09.2008

Die schwierigste Phase auf dem russischen Wertpapiermarkt sei schon vorbei und die Aktienkurse würden nicht mehr weiter fallen, sagte der Finanzminister und stellvertretende Ministerpräsident Alexej Kudrin in einem Interview mit dem Fernsehsender RBC TV. »Solange sich die Situation auf dem Weltmarkt nicht stabilisiert hat, wird sie sich auch auf den russischen Markt negativ auswirken, obwohl das Ausmaß des Einflusses geringer wird«, so der Finanzminister. »Der stärkste Rückgang der Aktienkurse ist vorbei, man muss aber mit weiteren Börsenschwankungen rechnen, die jedoch deutlich geringer ausfallen werden«, fügte er hinzu. [...]

<http://minfin.ru/ru/official/index.php?afrom4=01.09.2008&ato4=23.09.2008&type4=&id4=6574>

Kommersant Dengi (Moskau), 22.09.2008

Rettungsbudget

[...] Erstaunlicherweise ähnelt die heutige Finanzkrise einerseits der Krise von 1998 – weil ihre Wurzeln ebenfalls auf dem Wertpapiermarkt liegen – und andererseits der Krise von 2004, da überall schon von einer Vertrauenskrise gesprochen wird. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=704ffab7-2f10-4021-ab87-a3d15a48932c&docsid=1029439>

Kommersant (Moskau), 22.09.2008

»Unser wichtigstes Problem besteht darin, die Lage mit den größten russischen Investmentbanken zu klären.« (Präsident der russischen Versicherungsfirma Renaissance-Versicherung zu Gründen und Folgen der Finanzkrise)

[...] Letzten Donnerstag und Freitag haben die Zentralbank und das Finanzministerium dem Banken- und Börsensystem so viel Geld wie nie zuvor zugesagt. Bereits am Freitag konnte man positive Auswirkungen dieser Maßnahme sehen. Das Handeln von Zentralbank und Finanzministerium war gut koordiniert und mit den Major-Playern auf dem Markt genau abgestimmt. [...]

<http://kommersant.ru/doc.aspx?fromsearch=5d6d2878-3614-4717-bd7b-1880c94abab5&docsid=1029816>

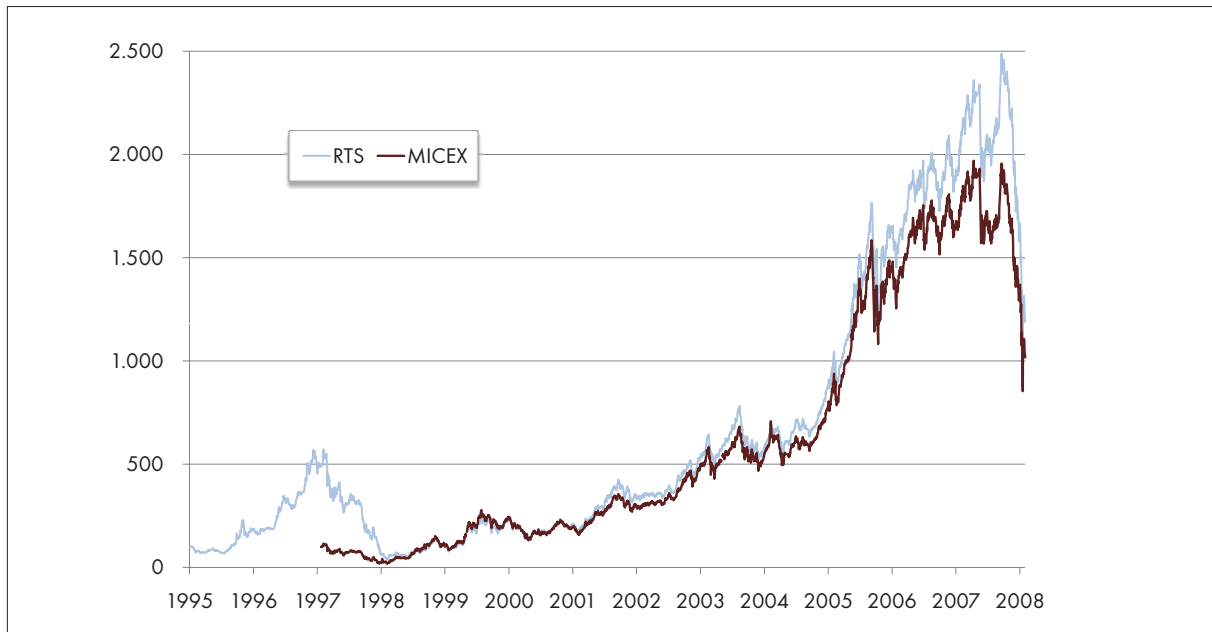
Wedomosti (Moskau), 17.09.2008

Wen soll man retten? (Leitartikel)

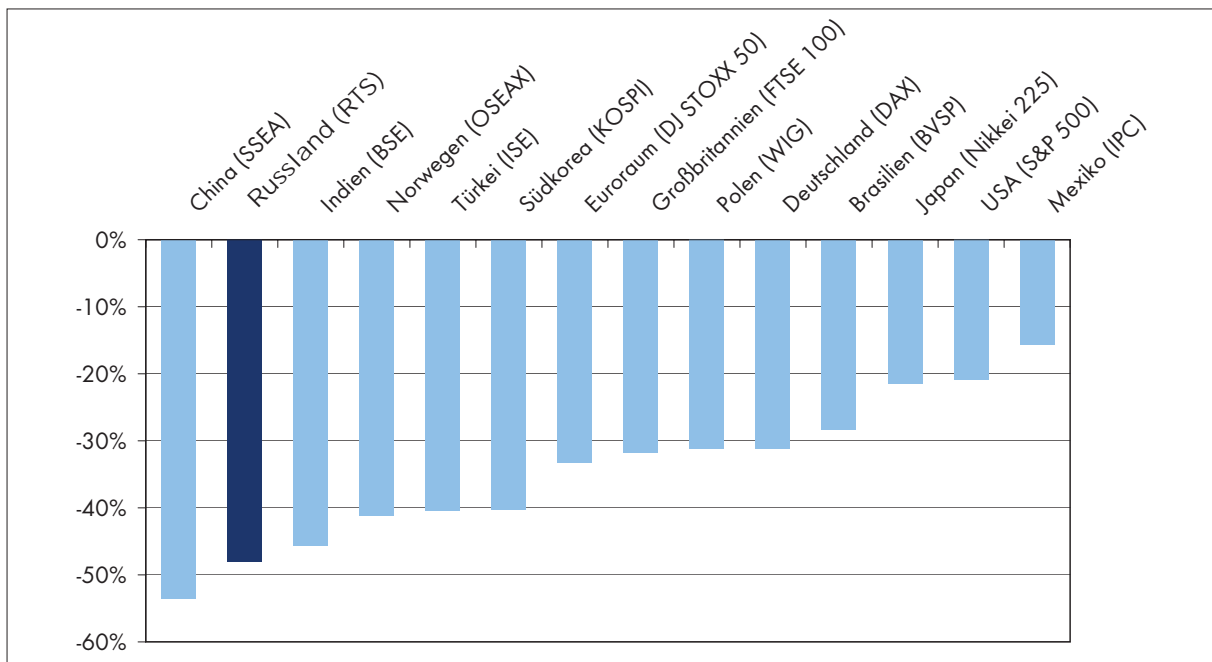
[...] Gestern haben die Zentralbanken angesichts der Finanzkrise gewaltige Summen zugesagt. Allein das Federal Reserve System hat dem amerikanischen Finanzsystem 50 Milliarden USD zur Verfügung gestellt. Zentralbanken fast aller europäischen Länder haben mit Milliardensummen auf den Finanzmärkten interveniert. [...] Die Erfahrungen in Russland zeigen, dass die russische Regierung in Krisensituationen eher staatliche Banken und Unternehmen unterstützt, unabhängig davon, welche Folgen das für das gesamte Finanzsystem haben wird. Jetzt ist es höchste Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, wie man im Interesse des gesamten Finanzsystems am besten handelt, wenn es zu ernsthaften Problemen kommt.

<http://www.vedomosti.ru/newspaper/article.shtml?2008/09/17/161438>

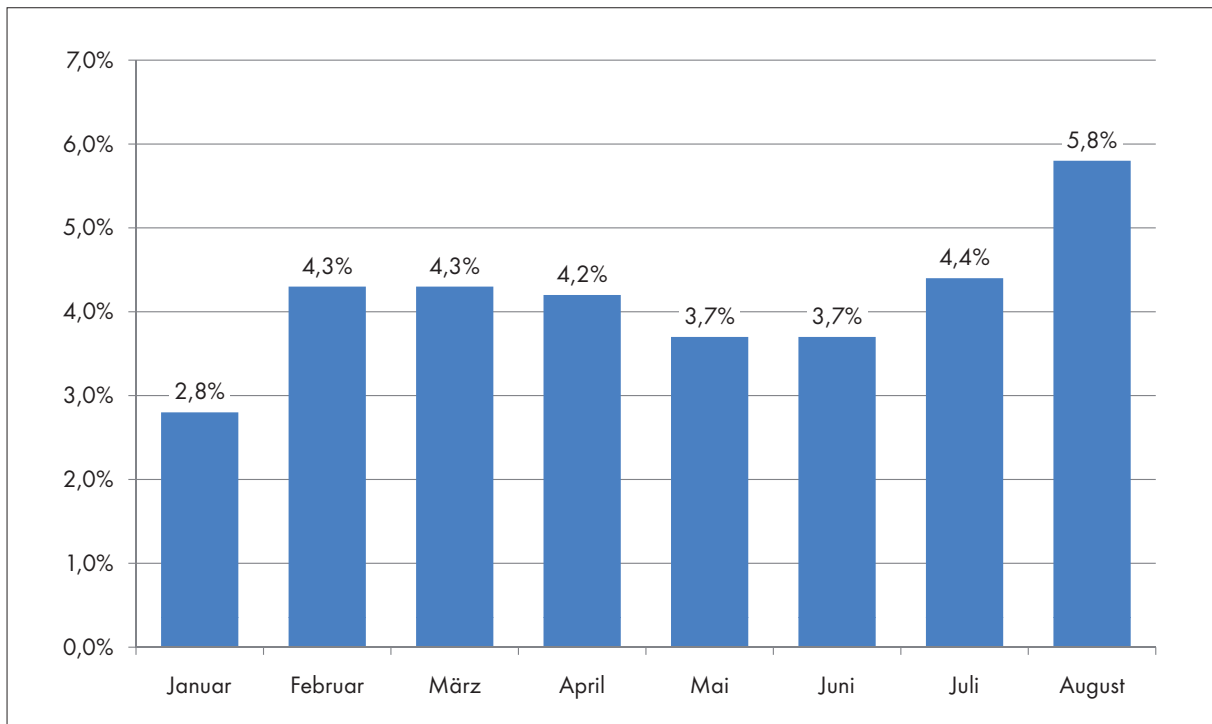
Zusammengestellt und übersetzt von Anna A. Petrova.

Statistik
Kennziffern zur Entwicklung der russischen Finanzmärkte
Grafik 1: Russische Börsenindizes 1995–2008


Quelle: <http://www.rts.ru/ru/index/stat/dailyhistory.html?code=RTSI> und <http://www.micex.ru/stockindices/data/>

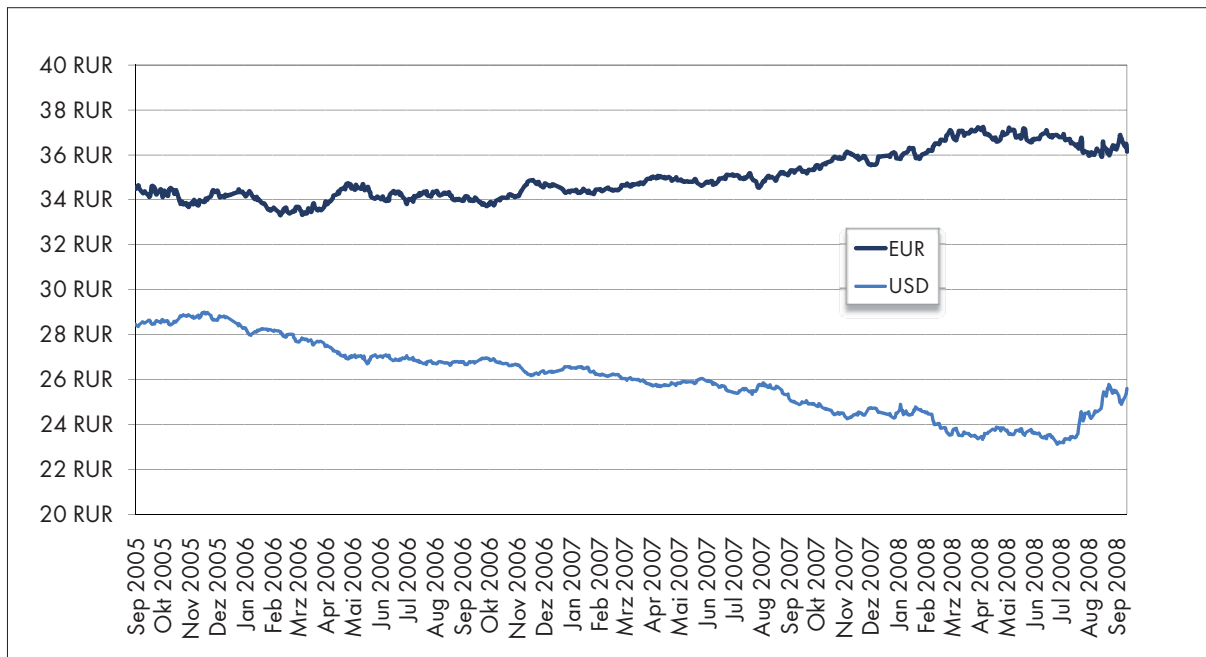
Grafik 2: Die Entwicklung der russischen Börse im internationalen Vergleich (Veränderung seit Jahresbeginn in %)


Quelle: Economist, 2.10.2008

Grafik 3: Zinssatz für Tagesgeld im russischen Interbankenhandel 2008


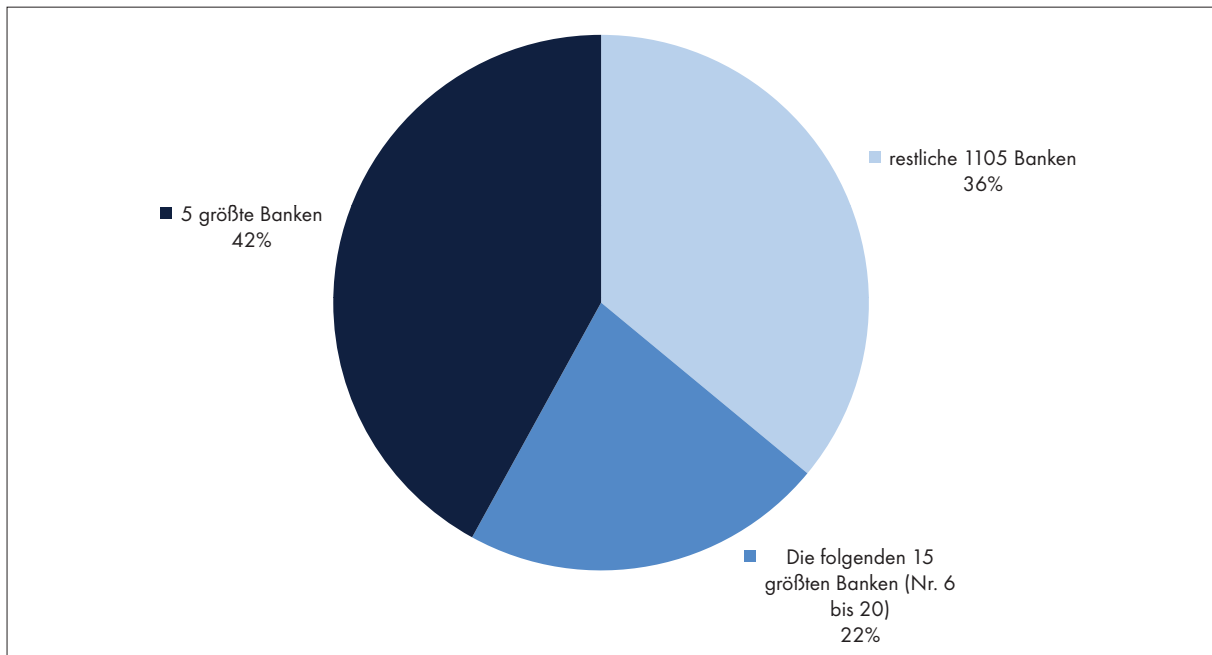
Quelle: Russische Zentralbank,

http://www.cbr.ru/statistics/print.aspx?file=credit_statistics/interest_rates_08.htm&pid=cdps&sid=svodProcStav

Grafik 4: Der Wechselkurs des Rubels zum US-Dollar und zum Euro 2005–2008


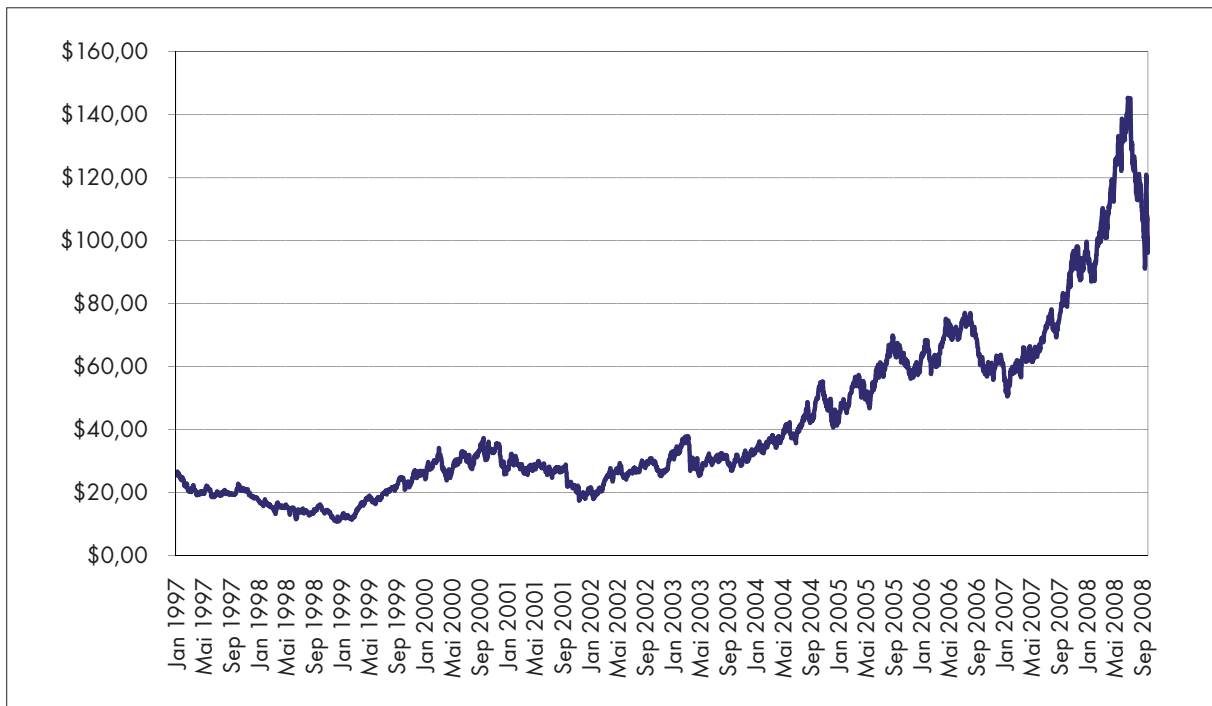
Quelle: Russische Zentralbank, http://www.cbr.ru/currency_base/dynamics.asp

Grafik 5: Die Verteilung der Aktiva des Bankensektors (1.9.2008)



Quelle: Russische Zentralbank, http://www.cbr.ru/analytics/bank_system/obs_ex.pdf

Grafik 6: Der Weltmarktpreis für Rohöl 1997–2008 (USD, NYMEX Light Sweet Crude, Contract 1)



Quelle: <http://www.eia.doe.gov/emeu/international/prices.html#Crude>, 20.9.2008; Source: Reuters News Service as reported in EIA, Weekly Petroleum Status Report, Table 16

Analyse

Mehr Staat und mehr Markt? Die Quadratur des Kreises in der russischen Öl- und Gasindustrie

Von Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Die Entwicklung der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft wird seit der Jukos-Affäre zum Ende der ersten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin häufig eindimensional als systematische Ausweitung der staatlichen Kontrolle gesehen. Hier soll deshalb der Einfluss des Staates auf die Branche kritisch analysiert werden. Neben der in der Regel betonten Rolle des Staates als Eigentümer geht es dabei auch um die Regulierungsfunktion des Staates. Es ergibt sich ein differenziertes Bild der staatlichen Politik, da zum einen weniger die staatliche Übernahme von Unternehmen als solche sondern vielmehr die Methoden der Übernahmen problematisiert werden und zum anderen die Preisliberalisierung als Gegenelement ins Blickfeld gerückt wird. Abschließend werden verschiedene Erklärungsansätze für die ambivalente Wirtschaftspolitik der russischen Führung zusammengefasst.

Der Staat als Eigentümer

Die Erdöl- und Erdgasindustrie wird in den meisten Ländern von staatlichen Firmen dominiert. Staatskonzerne haben einen Anteil von 85 % an der weltweiten Produktion und von sogar über 95 % an den weltweiten Reserven. Bezogen auf die Reserven sind nur vier der 20 größten Erdöl- und Erdgaskonzerne nicht mehrheitlich in Staatsbesitz. Die größte private Ölfirma ist der russische Konzern Lukoil, gefolgt von ExxonMobil (USA) und BP (Großbritannien). Gleichzeitig versuchen immer mehr Förderländer, zuletzt Venezuela und Bolivien, über staatlich gelenkte Energiekonzerne die Exportgewinne im eigenen Interesse zu nutzen. Auch ein industrialisiertes Land wie Norwegen setzt auf staatliche Energiekonzerne.

Der russische Staat hatte nach dem Ende der Planwirtschaft fast die gesamte Erdölindustrie des Landes privatisiert. Der staatliche Anteil an der russischen Erdölproduktion war so auf unter 15 % gesunken. 2003 kam es dann zu einer Trendwende. Binnen kurzer Zeit übernahm der Staat zwei große private Erdölfirmen und steigerte seinen Anteil an der Erdölproduktion innerhalb von drei Jahren auf fast 40 %, wie Grafik 1 auf Seite 16 zeigt.

Vor dem oben dargestellten weltweiten Hintergrund erscheint diese Entwicklung nicht ungewöhnlich. Kritisiert wurde deshalb im russischen Fall vor allem die staatliche Vorgehensweise. Das Musterbeispiel für staatliche Manipulationen wurde die Jukos-Affäre. Gegen die Eigentümer und Manager des Konzerns wurde in manipulierten Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozessen vorgegangen, die rechtsstaatliche Standards in weiten Teilen ignorierten. Gleichzeitig wurden gegen

die damals zweitgrößte russische Erdölfirma Jukos manipulierte Steuernachforderungen erhoben, die für zwei Jahre sogar den gesamten Konzernumsatz überstiegen. Da der Konzern die staatlichen Forderungen von 28 Mrd. USD nicht begleichen konnte, wurde eine Zwangsvollstreckung eingeleitet, bei der als erstes das zentrale Produktionsunternehmen (und nicht wie eigentlich vorgeschrieben für die Geschäftstätigkeit nicht relevante Vermögenswerte) versteigert wurden. Nachdem alle Tochterfirmen zu Vorzugspreisen an staatliche Konzerne gegangen waren, wurde Jukos schließlich 2007 in einem Konkursverfahren liquidiert. Die Steuerschulden der Jukos-Firmen wurden nach ihrer Übernahme durch Staatskonzerne in der Regel von den Steuerbehörden drastisch reduziert.

Die Jukos-Affäre zeigt exemplarisch das Instrumentarium des russischen Staates bei der »feindlichen« Übernahme privater Unternehmen: (1) die selektive Anwendung der Gesetze, die einigen Firmen erlaubt, wofür andere bestraft werden, (2) die Manipulation von Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozessen und (3) die Diskriminierung der als Eigentümer, Manager oder Anwälte beteiligten Personen durch verschiedene staatliche Behörden. Auch wenn die Jukos-Affäre ein Extrembeispiel ist – diese Instrumente finden häufiger Einsatz.

Im Falle der Förderlizenz für das Erdgasfeld Kovykta z. B. drohte die zuständige Behörde dem privaten Eigentümer mit Lizenzentzug wegen Nichterfüllung der Klausel über das Produktionsvolumen. Sobald die Firma die Lizenz an den staatlichen Konzern Gazprom verkauft hatte, wurde die entsprechende Klausel aus der Lizenzvereinbarung gestrichen. Im Falle eines

internationalen Förderkonsortiums auf Sachalin wurden Umweltauflagen benutzt, um den Einstieg von Gazprom in das Konsortium zu erzwingen.

Eine wichtige Folge der staatlichen Übernahme privater Ölfirmen ist deshalb nicht nur ein Anstieg des staatlichen Anteils an der Erdölproduktion, sondern auch eine große Unsicherheit unter privaten Investoren. Sobald staatliche Behörden gegen private Ölfirmen Vorwürfe erheben, beginnen Spekulationen darüber, welche Interessen dahinter stecken und wer die Firma übernehmen möchte. Im Ergebnis werden staatliche Vorschriften weniger als allgemeingültige Regeln denn als Manipulationsinstrument verstanden und private Eigentumsrechte nicht als langfristige Bestandsgarantie gesehen. Dementsprechend geringer ist die Bereitschaft langfristige Investitionen zu tätigen.

Die Schlussfolgerung, der Staat wolle damit grundsätzlich wieder die direkte Kontrolle über die Wirtschaft übernehmen, greift jedoch zu kurz. Das zeigt bereits ein Blick auf die anderen Bereiche der Energiewirtschaft. Der Kohlebergbau wurde seit 1998 privatisiert. Innerhalb von fünf Jahren stieg der Anteil privater Firmen an der Kohleproduktion von 10 % auf 60 %. In der Stromwirtschaft begann unter Präsident Wladimir Putin ein zäher Reformprozess, der im folgenden Beitrag von Julia Kusznir und Heiko Pleines dokumentiert wird. Die Erdgasbranche wiederum wurde nach dem Ende der Sowjetunion in den Konzern Gazprom umgewandelt, der unter staatlicher Kontrolle blieb. Hier stockte der Staat seinen Anteil unter Präsident Putin wieder zu einer absoluten Mehrheit auf.

Misswirtschaft

Gazprom ist so auch ein zentrales Beispiel für die Ineffizienz russischer Staatskonzerne. Grundlage für die Misswirtschaft der 1990er Jahre war die Tatsache, dass dem Aufsichtsrat des Konzerns bis 1999 ausschließlich Vertreter der Konzernleitung und der Regierungsorgane angehörten, wobei Vertreter Gazproms immer in der Mehrheit waren. Dies war möglich, da die Regierung 1992 einen Unternehmensanteil von 35 % zur treuhänderischen Verwaltung an den damaligen Vorsitzenden der Konzernleitung, Rém Vjachirev, übergab. Das Fehlen effektiver Kontrollen gab dem Management die Möglichkeit, erhebliche Summen zu unterschlagen und für private Interessen zu verwenden. Gazprom veräußerte so lukrative Tochterfirmen an die Kinder von Managern und dem Konzern nahestehenden Politikern, wie Florian Hassel für die Frankfurter Rundschau dokumentieren konnte. In den 1990er Jahren sollen dem Konzern so jährlich bis zu 3 Mrd. USD entzogen worden sein.

Unter Präsident Putin begann die Regierung die Kontrolle über Gazprom zurückzugewinnen. 2001

wurde Vjachirev entlassen und sein Nachfolger im Amt des Konzernleiters, Aleksej Miller, holte über Gerichtsprozesse und informellen Druck viele der verschleuderten Tochterfirmen wieder in den Konzern zurück. Trotzdem kam eine Untersuchung des internationalen Investmentfonds Hermitage Capital Management, die von Vadim Kleiner zusammengefasst wurde, zu dem Schluss, dass auch in den ersten drei Jahren unter Miller mehr als 2 Mrd. USD durch Misswirtschaft des Managements verloren gegangen seien. Zentrale Vorwürfe waren überhöhte Honorare für Dienstleistungen und undurchsichtige Finanzflüsse an Zwischenhändler im Gasexport. Derartige Zwischenhändler, teilweise mit Verbindungen zur organisierten Kriminalität, blieben auch unter Miller für die Gasexporte in die Ukraine verantwortlich.

Während Verluste durch Unterschlagungen unter Miller zwar deutlich reduziert werden konnten, arbeitet der Konzern weiterhin ineffizient. Obwohl kleine, unabhängige Gasproduzenten sowohl unter der Kontrolle Gazproms über das Pipelinesystem als auch unter bürokratischen Hürden leiden, entwickeln sie sich deutlich besser als der staatliche Riesenkonzern und konnten ihren Anteil an der russischen Erdgasproduktion entschieden ausweiten. Die Analyse von Hermitage Capital Management zeigt, dass Gazprom für viele Investitionsprojekte überhöhte Preise zahlt. Der Bau eines Kilometers der Blue Stream-Pipeline durch das Schwarze Meer kostete zum Beispiel im russischen Teil etwa doppelt so viel wie im türkischen Teil. Die Kosten, die bei Gazprom anfallen, sind in der Regel sowohl im Vergleich zu internationalen als auch zu russischen Erdgasfirmen aufgrund überhöhter Preise und ineffizienter Organisation sehr hoch. Hinzu kommt aus Sicht von Hermitage Capital Management, dass Gazprom in viele Geschäftsfelder investiert, einschließlich des Aufbaus einer Medienholding und der Übernahme eines Jachthafens, und Investitionen in die Erschließung neuer Vorkommen vernachlässigt.

Preisregulierung

Während der russische Staat als Eigentümer in der Erdöl- und Erdgaswirtschaft auf dem Vormarsch ist, verhält er sich bei der Preisregulierung zurückhaltend. Die Preise für Erdöl und Erdölprodukte wurden bereits 1992 freigegeben und unterliegen seitdem nur noch indirektem staatlichen Einfluss vor allem über die Besteuerung. Da die Zahl der Ölfirmen jedoch klein ist und die Privatisierung in den 1990er Jahren regional konzentrierte Konzerne schuf, wird der Großhandelsmarkt für Erdölprodukte in weiten Teilen des Landes von Monopolisten dominiert, die wiederum die Einzelhandelspreise bestimmen, obwohl es etliche unabhängige Händler und z.B. auch etliche Tankstellenketten gibt.

Nach einer Schätzung der russischen Anti-Monopol-Behörde sind zwei Drittel des russischen Marktes für Erdölprodukte entweder durch ein Oligopol oder ein Monopol geprägt.

Diese Situation ist aber weltweit für den Markt vieler Erdölprodukte nicht ungewöhnlich. Auch in Deutschland ist z.B. der Markt für Benzin oligopolistisch organisiert und den großen Tankstellenbetreibern werden immer wieder Preisabsprachen vorgeworfen. Für Russland kommen die unabhängigen Analysten von Cambridge Energy Research Associates zu der Schlussfolgerung, dass die Preise auf dem Binnenmarkt frei gebildet werden und den Vorgaben des (allerdings ebenfalls oligopolistischen) Weltmarktes entsprechen. Zusammenfassend bedeutet dies, dass der russische Markt für Erdölprodukte weitgehend frei von direkten staatlichen Eingriffen ist und genauso effizient (oder auch ineffizient) funktioniert wie der Weltmarkt.

Während die Preise für Erdöl und Erdölprodukte also liberalisiert worden sind, wird der Erdgaspreis des staatlich kontrollierten Monopolunternehmens Gazprom weiterhin staatlich geregelt. Der Föderale Dienst für Tarife kontrolliert dabei die Preise, die von der russischen Regierung gesetzt werden. Derzeit werden die Gaspreise nach 13 Zonen differenziert, die über die Entfernung von der Gasproduktion definiert werden. Gleichzeitig werden die Preise für private Haushalte deutlich niedriger angesetzt als die Preise für Industriekunden. Der Unterschied beträgt derzeit im Durchschnitt etwa 25 %. Da über 80 % der russischen Haushalte nicht mit Gasmessgeräten ausgestattet sind, zahlen sie einen Pauschalpreis in Abhängigkeit von der Wohnfläche und der Personenzahl.

Die russische Regierung hat die Erdgaspreise für russische Verbraucher kontinuierlich erhöht. Der durchschnittliche Gaspreis hat sich so in der Amtszeit von Präsident Putin (2000–2008) etwa verfünffacht, wie auch Grafik 3 auf Seite 17 zeigt. Trotzdem sind die Preise für russische Industriekunden immer noch deutlich unter den Exportpreisen für den EU-Markt. Auch wenn die Preise in Westeuropa aufgrund der Transport- und Transitgebühren höher als die russischen Preise sind, liegt der größte Teil des Unterschiedes, den Grafik 4 auf Seite 17 zeigt, doch in der Preisregulierung durch die russische Regierung begründet.

Die unabhängigen Erdgasproduzenten, die einen kleinen aber wachsenden Anteil an der Erdgasproduktion haben, unterliegen nicht der staatlichen Preisregulierung. Da das Leitungsnetz dem staatlichen Monopolisten Gazprom gehört, sehen sie sich Diskriminierungen ausgesetzt. Gleichzeitig haben sie keinen Zugang zu den Erdgasexportpipelines. Dementsprechend müssen sie ihr Erdgas in Russland zu 10 % –20 % niedrigeren Preisen verkaufen, um Marktzugang zu finden.

Im Ergebnis ist der Erdgasmarkt in Russland durch erhebliche Preisverzerrungen geprägt, die ihre Ursache in der Monopolstellung Gazproms und in der staatlichen Preisregulierung haben.

In Vorbereitung auf die geplante Freigabe der Preise wird ein kleiner Teil des in Russland produzierten Erdgases bereits seit 2006 in freien Auktionen verkauft. Hier zeigt sich, dass Abnehmer auch bereit sind höhere Preise zu bezahlen. Auf den Auktionen wurde der staatlich gesetzte Preis um bis zu 65 % überboten. Gazprom setzt sich deshalb seit Jahren für eine Freigabe der Preise ein, die dem Konzern erhebliche Mehrgewinne bringen würde. Eine deutliche Erhöhung der Erdgaspreise würde jedoch die Wirtschaft mit steigenden Produktionskosten belasten und bei den privaten Haushalten starke soziale Probleme und, wie die Erfahrung mit der Umstellung der nicht-monetären Vergünstigungen zeigt, wohl auch Proteste verursachen.

Die Regierung hat sich deshalb entschieden, die Erdgaspreise nur für Industriekunden bis 2011 zu liberalisieren. Der Preis auf dem Binnenmarkt würde dann dem Preis für westeuropäische Kunden ab russischer Grenze (also abzüglich Transport- und Transitzkosten sowie Zölle) entsprechen. Der Gaspreis für private Haushalte soll jedoch weiterhin staatlich reguliert bleiben, um die sozialen Konsequenzen abzufedern.

Die geplante Liberalisierung der Erdgaspreise ist jedoch mit zwei Fragezeichen versehen. Erstens mehren sich die Stimmen in der Regierung, die die Liberalisierung verschieben wollen, da der deutliche Anstieg der westeuropäischen Erdgaspreise (die dem Weltmarktpreis für Erdöl folgen) auch die Kosten einer Liberalisierung für die russischen Erdgasverbraucher erhöht. Zweitens macht eine Preisliberalisierung unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten nur Sinn, wenn gleichzeitig auch die Bedingungen für fairen Wettbewerb unter den Produzenten geschaffen werden. Dementsprechend müsste die Monopolstellung Gazproms zumindest ihre gesetzliche Sicherung verlieren.

Erklärungsansätze

Zusammenfassend zeigen sich in der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft zwei gegenläufige Tendenzen. Einerseits wächst der Einfluss des Staates als Eigentümer und es entsteht bei vielen Beobachtern der Eindruck, dass der Staat die Branche wieder unter seine Kontrolle bringen wolle. Andererseits verfolgt die Regierung weiterhin, wenn auch mit leichten Fragezeichen versehen, eine Politik der Preisliberalisierung, die auf die Regulierungskraft des Marktes setzt. Die russische Politik will also beides: mehr Staat und mehr Markt.

Es gibt verschiedene Ansätze zur Erklärung dieser Kombination aus Staat und Markt. Der etatistische Ansatz geht davon aus, dass der russische Staat spätes-

tens seit der Jukos-Affäre Schritt für Schritt die Kontrolle über die Branche übernimmt, die aus seiner Sicht von strategischer Bedeutung für die nationale Sicherheit des Landes ist. Dabei wird dem staatlichen Interesse Vorrang vor der wirtschaftlichen Entwicklung der Branche eingeräumt, d. h., wann immer der Staat nationale Interessen sieht, wird der Markt eingeschränkt. Es wird dann diskutiert, ob die Prioritätensetzung so nachvollziehbar ist und ob der Vorrang der Sicherheitsinteressen nicht das Wirtschaftswachstum gefährdet.

Ein zweiter Ansatz zur Erklärung der staatlichen Wirtschaftspolitik bezieht sich auf die inhaltlichen Differenzen innerhalb der russischen politischen Elite. Er unterscheidet drei Einflussgruppen. Die Silowiki, Vertreter von Geheimdiensten und Militär, kümmern sich vor allem um die nationale Sicherheit und um geopolitische Interessen Russlands. Sie versuchen deshalb die Energiewirtschaft für staatliche Interessen zu instrumentalisieren, was weitgehende Kontrolle voraussetzt. Die Juristen, zu denen auch Präsident Dmitrij Medwedew gezählt wird, sind hier gemäßigter und betonen Berechenbarkeit und Rechtsstaatlichkeit. Die Wirtschaftsliberalen wiederum fordern einen grundsätzlichen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Die Entwicklungen in der Erdöl- und Erdgaswirtschaft entsprechen nun weitgehend dem Einflussverlust der Liberalen, die in der ersten Amtszeit Putins noch den Ministerpräsidenten stellten, sowie dem Aufstieg der Silowiki in der Machthierarchie.

Der Korruptionsansatz hingegen geht davon aus, dass einzelne Politiker oder auch bürokratische Clans im Namen des Staates lukrative Unternehmen übernehmen, um sich als staatliche Vertreter z. B. im Aufsichtsrat persönlich zu bereichern. Dementsprechend

gibt es innerhalb der politischen Elite immer wieder Konflikte darüber, bei wem die Kontrolle über verstaatlichte Unternehmen landet. Aus dieser Perspektive geht es nur um die Kontrolle über Unternehmen und die Liberalisierung der Erdgaspreise entspricht durchaus den Interessen der sie kontrollierenden Politiker, da die Liberalisierung den Konzerngewinn und damit auch den eigenen Profit vergrößert. Während für das Russland der 1990er Jahre von *state capture*, also der Vereinnahmung des Staates durch Großunternehmer gesprochen wurde, sprechen deshalb jetzt viele Analysten umgekehrt von *business capture*, also der Übernahme von Wirtschaftsunternehmen durch staatliche Akteure. Demnach beuten einzelne staatliche Akteure die Unternehmen in ihrem eigenen Interesse aus und nehmen dabei weder auf staatliche noch auf wirtschaftliche Interessen Rücksicht.

Die unterschiedlichen Ansätze unterscheiden sich in zwei zentralen Punkten. Erstens ist strittig, ob die staatlichen Akteure eine Strategie im nationalen Interesse verfolgen oder sich persönlich bereichern wollen. Zweitens stellt sich die Frage, ob der russische Staat eine einheitliche Strategie verfolgt oder ob die tatsächliche Politik Ergebnis von Machtkämpfen innerhalb der politischen Eliten ist.

Diese beiden Fragen lassen sich nicht eindeutig beantworten und es steht zu vermuten, dass alle Ansätze ein Stück weit Recht haben und einen Teil der Entwicklungen erklären. Die ausschließliche Bezugnahme auf einen Ansatz greift auf jeden Fall zu kurz. Prognosen über die weitere Entwicklung der russischen Energiewirtschaft sind deshalb immer mit einer erheblichen Unsicherheit verbunden.

Über den Autor:

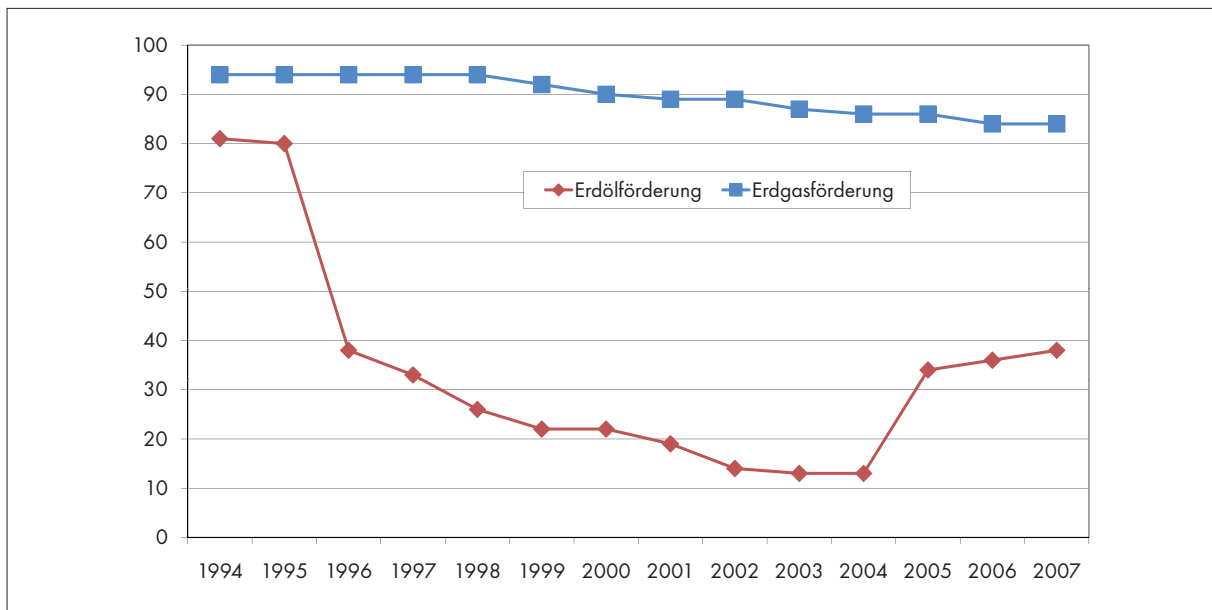
Dr. Heiko Pleines ist Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Zitierte Literatur:

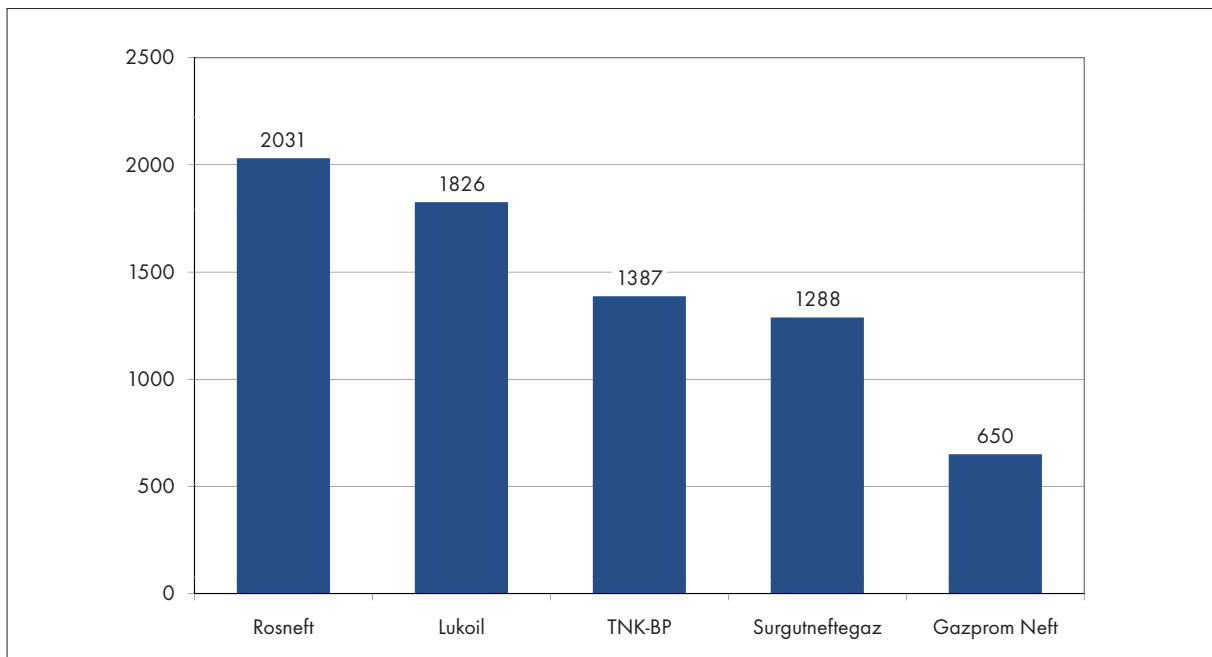
- Florian Hassel: Alles bleibt in der Familie. Wie die Gasprom-Manager Russlands reichstes Unternehmen ausplündern, in: Frankfurter Rundschau vom 21. Mai 2001, S. 7.
- Vadim Kleiner: Korporativnoe upravlenie i éffektivnost' dejatel'nosti kompanii (na primere OAO 'Gazprom'), in: Voprosy ékonomiki, Nr. 3 (2006), S. 86–103.

Lesetipps:

- Yuri Grigoryev: Today or Not Today: Deregulating the Russian Gas Sector, in: Energy Policy Nr. 5/2007 (Jg. 35), S. 3036–3045.
- Philip Hanson: The Turn to Statism in Russian Economic Policy, in: International Spectator Nr. 1/ 2007 (Jg. 42); S. 29–42.
- Macartan Humphreys, Jeffrey D. Sachs, Joseph E. Stiglitz (Hg.): Escaping the Resource Curse, New York: Columbia University Press, 2007.
- Kari Liuhito: Genesis of Economic Nationalism in Russia, Electronic Publications of the Pan-European Institute No. 3 (2008), <http://www.tse.fi/pei>

Grafiken zum Text
Staatsanteile an der russischen Erdöl- und Erdgasförderung
Grafik 1: Anteil staatlicher Firmen an der russischen Erdöl- und Erdgasförderung (in %)


Quelle: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

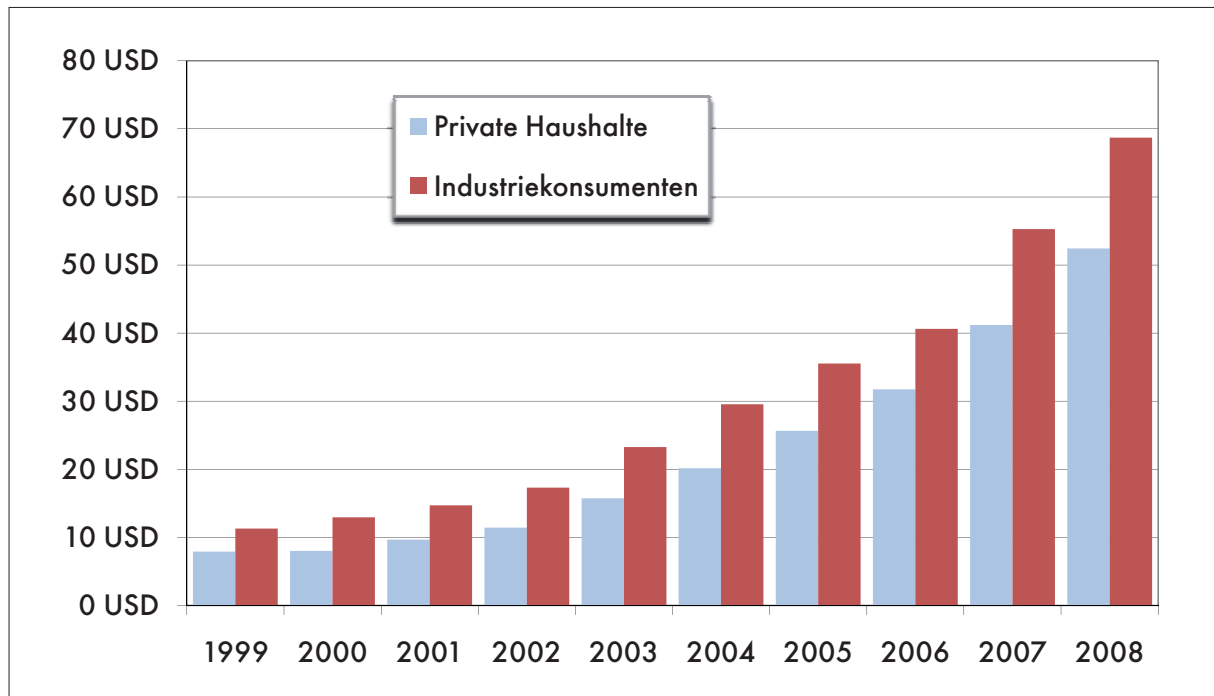
Grafik 2: Die fünf größten russischen Erdölfirmen (Förderung 2007 in Tsd. Barrel pro Tag)


Anmerkung: Rosneft und Gazprom Neft sind unter staatlicher Kontrolle. Die übrigen drei Unternehmen sind vollständig in Privatbesitz. An TNK-BP ist die britische BP zu 50% beteiligt.

Quelle: Deutsche Bank Research

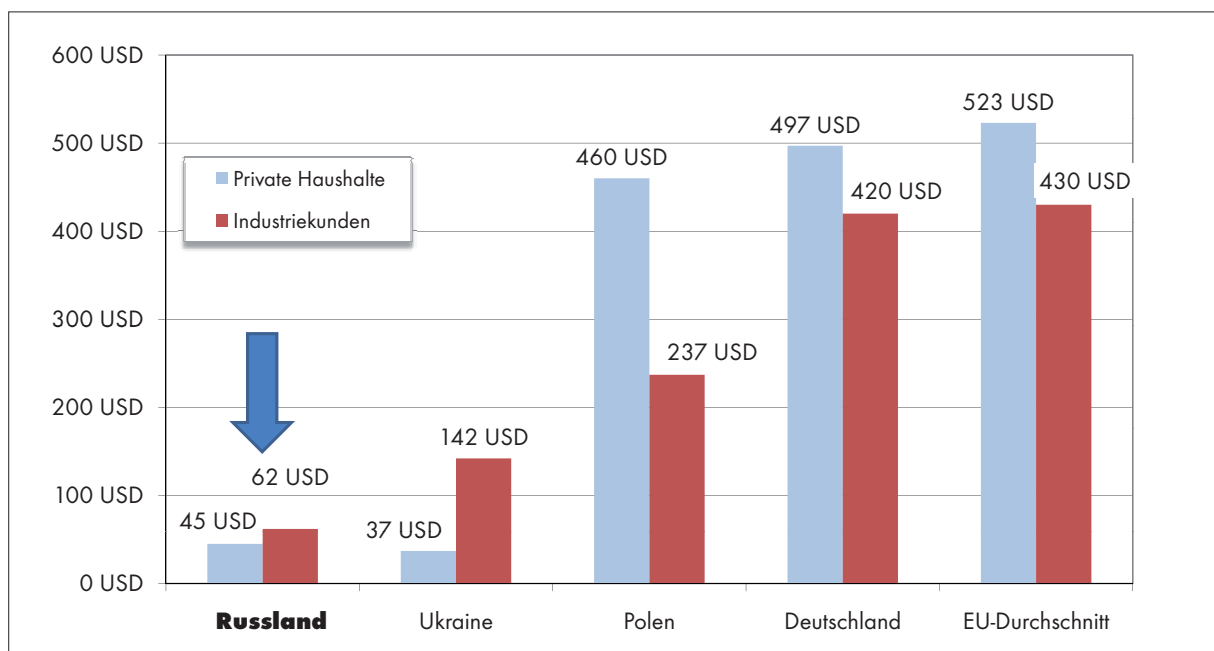
Gaspreise

Grafik 3: Der Gaspreis auf dem russischen Binnenmarkt 1999–2008 (Durchschnittspreis für 1.000 m³ in USD ohne MwSt.)



Quelle: Russischer Föderaler Dienst für Tarife

Grafik 4: Erdgaspreise auf dem Binnenmarkt 2006 (Durchschnittspreis für 1.000 m³ in USD einschließlich Steuern)



Quelle: Simon Pirani: Ukraine's gas sector, Oxford Institute for Energy Studies, Juni 2007, S.26,

<http://www.oxfordenergy.org/pdfs/NG21.pdf>

Analyse

Die Reform der russischen Elektrizitätswirtschaft

Von Julia Kuszniir und Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Die russische Elektrizitätswirtschaft sah sich nach dem Ende der Sowjetunion mit einem erheblichen Modernisierungsbedarf konfrontiert. In Reaktion hierauf reformierte der Staat sowohl die Eigentümerstruktur als auch die Preisregulierung. In einer ersten Strukturreform wurde Anfang der 1990er Jahre ein Strommonopolist aufgebaut. In der zweiten Strukturreform unter Präsident Wladimir Putin wurde anschließend die Privatisierung und Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft vorangetrieben. 2008 wurde der Privatisierungsprozess abgeschlossen. Die Preisliberalisierung ist aber weiterhin politisch umstritten.

Sowjetische Erblast

Entsprechung der Losung »Kommunismus ist Macht der Sowjets plus Elektrifizierung des ganzen Landes« wurde in der Sowjetunion die Stromversorgung mit großem Aufwand ausgeweitet. Da die sowjetische Industrie sehr energieintensiv arbeitete, war der sowjetische Energieverbrauch sehr hoch. Die Stromproduktion wurde dementsprechend bis zum Ende der Sowjetunion fortwährend gesteigert. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Bau von Wärmekraftwerken, die die in Sibirien produzierten Brennstoffe nutzten. Zusätzlich entstanden in Sibirien große Wasserkraftwerke. Vor allem im europäischen Teil des Landes wurden auch Atomkraftwerke gebaut. Zum Ende der Sowjetunion wurden in Russland knapp 70 % der Elektrizität in Wärmekraftwerken erzeugt, 20 % in Wasserkraftwerken und gut 10 % in Atomkraftwerken. Das Leitungsnetz wurde auf eine Gesamtlänge von 2,5 Mio. km ausgebaut. Der postsowjetische Wirtschaftseinbruch führte dann aber automatisch auch zu einem Rückgang der Stromproduktion. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kam es zu einer Stabilisierung auf dem Niveau der frühen 1980er Jahre. Mit einem Anteil von 10 % bis 18 % an der Industrieproduktion gehörte die Stromwirtschaft aber weiterhin zu den größten russischen Industriebranchen.

Die Stromwirtschaft hatte einen erheblichen Modernisierungsbedarf. Zum einen arbeitete sie mit einem Wirkungsgrad von weniger als 35 % sehr ineffizient, zum anderen wurden allein die erforderlichen Instandhaltungsinvestitionen für die 1990er Jahre auf 20 bis 30 Mrd. USD geschätzt. Engpässe bei der Versorgung mit Brennstoff führten zu zusätzlichen Problemen. Folge waren in den 1990er Jahren häufige Stromausfälle. Insbesondere im Fernen Osten kam es im Winter zu regelmäßigen Energiekrisen.

Die erste Strukturreform: Schaffung von Monopolunternehmen

In der Sowjetunion war die Stromwirtschaft in einem eigenen Ministerium zusammengefasst worden. Stromerzeuger, Verteilernetze und Servicebetriebe der Branche wurden organisatorisch jeweils auf regionaler Ebene koordiniert. Im Zuge der Privatisierungsprozesse 1992 wurden die 75 regionalen Energieversorgungskombinate in Aktiengesellschaften, die sogenannten Energos, umgewandelt. Staatliche Anteile an den Energos – mit Ausnahme von Bashenergo, Tatenergo, Novosibirskenergo und Irkutskenergo – wurden in der Holding RAO Jedinnye Energetitscheskie Sistemy Rossii (kurz: EES, englisch UES – United Energy Systems) zusammengefasst. Die zentralen Großkraftwerke wurden aus dem Bestand von Energos herausgelöst und direkt EES unterstellt. Der Staat behielt die absolute Anteilsmehrheit an EES. Die staatlichen Anteile wurden vom Komitee für Staatsbesitz verwaltet. Für die Regulierung der Stromwirtschaft war fortan das neugeschaffene Energieministerium zuständig. Die Atomkraftwerke des Landes wurden als Reaktion auf das Tschernobyl-Unglück 1987 in ein separates Ministerium für Atomenergieerzeugung ausgegliedert und anschließend 1992 in der Holding »RosEnergoAtom« vereinigt.

Der russische Strommarkt umfasste in den 1990er Jahren zwei Ebenen: Den föderalen (d. h. nationalen) Strommarkt (FOREM) mit einem Marktanteil von knapp 40 % und 75 regionale Märkte mit den jeweiligen Energos als Monopolisten. FOREM wurde von EES betrieben und beaufsichtigt. EES selber hatte einen Anteil von etwa 50 % an den FOREM-Lieferungen. Weitere 10 % kamen von regionalen Energos und die verbleibenden ca. 40 % von Rosenergoatom. Die Strompreise wurden von der föderalen bzw. den zuständigen regionalen Energiekommissionen festgesetzt.

Insgesamt kontrollierte EES damit 184 Aktiengesellschaften – darunter alle großen Wärme- und Wasserkraftwerke, das gesamte Hochspannungsverbundnetz Russlands sowie den zentralen und die regionalen Lastverteiler, außerdem Betriebe für alle weiteren Aufgabenbereiche in der Elektrizitätswirtschaft und besaß damit eine Monopolstellung. Die jeweiligen Energios besaßen regionale Monopole. Im Zuge der Privatisierung wurden 1994 etwa 20 % der Aktien von EES an die Bevölkerung ausgegeben. 5 % gingen in Form von stimmrechtslosen Vorzugsaktien an die Belegschaft. 1995 befanden sich insgesamt 36 % der Aktien von EES in Privatbesitz und wurden an Börsen gehandelt. 64 % verblieben beim Staat und wurden vom Komitee für Staatsbesitz verwaltet. Knapp ein Drittel ihrer Stimmrechte transferierte die föderale Regierung jedoch an die Regionen, wobei die Stimmrechte zwischen den Regionen proportional zu ihrem Anteil am Strommarkt aufgeteilt wurden. Die Einflussmöglichkeiten privater Aktionäre waren eingeschränkt. Aktienkäufe von mehr als 1 % des Unternehmenskapitals mussten vom Unternehmen genehmigt werden. Ausländische Aktionäre, die 1995 bereits 20 % von EES kontrollierten und ihren Anteil in den folgenden Jahren bis auf etwa 30 % erhöhten, konnten bis 1998 unabhängig von ihrem Unternehmensanteil jeweils nicht mehr als 1 % der Stimmrechte ausüben.

Staatliche Marktregulierung

Der Staat regulierte zum einen die Preise, zu denen die regionalen Energios und die Atomkraftwerke Strom in den von EES betriebenen nationalen Strommarkt einspeisten und zum anderen setzte der Staat auch die Tarife fest, zu denen Stromverbraucher aus dem nationalen Netz versorgt wurden. Auf Grundlage einer Regierungsverordnung erhielten die Regionen ab 1994 über Regionale Energiekommissionen das Recht, die Tarife in ihrer Region innerhalb von durch die Föderale Energiekommission vorgegebenen Grenzen selbst zu setzen. Der Tarif wurde dabei formal durch die regionalen Produktionskosten zuzüglich einer Gewinnpauschale von 5 % bestimmt. Die Tarife auf dem nationalen Strommarkt FOREM wurden von der Föderalen Energiekommission nach demselben Prinzip gesetzt.

Dieses Tarifsystem hatte drei zentrale Nachteile. Erstens verhinderte es Kostensenkungen auf Seiten der Stromproduzenten, da alle Produktionskosten automatisch in den Tarif eingingen und damit sogar Anreize für Kostensteigerungen geschaffen wurden. Zweitens entstanden erhebliche regionale Unterschiede in den Stromtarifen in Abhängigkeit von den aus der Sowjetunion übernommenen Produk-

tionsstrukturen und der regionalen Tarifpolitik; so reichten die Tarife 1998 für 1 kW/h von 7,9 Kopeken in Irkutsk bis zu 40,8 Kopeken in Primorje. Drittens wurde sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene von Seiten der Politik versucht, für bestimmte Kunden niedrige Tarife durchzusetzen. Der Staat subventionierte so vor allem private Haushalte, die als Wähler von Bedeutung waren, sowie die Landwirtschaft und bestimmte Industriebetriebe.

Da EES vom Staat sowohl auf föderaler als auch auf regionaler Ebene häufig angehalten wurde, auch insolvente Verbraucher weiter zu beliefern, blieb die Nichtzahlungskrise in der Jelzin-Ära ein fortwährendes Problem. Die Schulden der Stromverbraucher stiegen bis 1998 auf 4,4 Mrd. USD. Gleichzeitig hatte EES allein gegenüber seinem wichtigsten Brennstofflieferanten Gazprom Schulden von 2 Mrd. USD und gegenüber den Atomkraftwerken Schulden von über 1 Mrd. USD für Einspeisungen in das nationale Stromnetz. Die Steuerschulden von EES beliefen sich ebenfalls auf umgerechnet mehr als 1 Mrd. USD.

Die aus dem Tarifsystem und der Nichtzahlungskrise resultierenden Probleme hatten eine permanente Diskussion um eine Strukturreform zur Folge. Bereits 1997 wurde auf Grundlage von Präsidialerlassen ein Reformkonzept verabschiedet, das jedoch aufgrund politischen Widerstandes nicht umgesetzt werden konnte. Als Anatolij Tschubajts 1998 die Leitung von EES übernahm, begann er stark für die Privatisierung und Liberalisierung des russischen Strommarktes zu lobbyieren.

Die zweite Strukturreform: Der Monopolist verschwindet

Im Juli 2001 kündigte die russische Regierung unter Präsident Wladimir Putin einen ambitionierten Plan zur Schaffung eines wettbewerborientierten Strommarktes an. Die Hauptziele der Reform waren erstens die Auflösung der Monopole in den Bereich Produktion und Endverbraucherbelieferung durch Umstrukturierung von EES und Zulassung von Drittanbietern und zweitens die Schaffung attraktiver Bedingungen für Investitionen in die Modernisierung der Elektrizitätswirtschaft. Die Reform blieb jedoch umstritten und ihre Umsetzung wurde deshalb regelmäßig im politischen Entscheidungsprozess blockiert. Erst Ende 2003, also sechs Jahre nach dem ersten Reformerlass, wurde eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die die Reform in Gang gesetzt haben. Parallel zur Regierung entwickelte EES ein eigenes Reformkonzept für die Restrukturierung des Unternehmens, das als »5+5 Strategie« bekannt wurde.

Die Strukturreform wurde in zwei Phasen realisiert. In der ersten Phase (2003–2006) wurden die regionalen Stromerzeuger in überregionale Unternehmen zusammengefasst, die in zwei Gruppen aufgeteilt wurden. Die erste Gruppe besteht aus sechs Stromerzeugern für Zwischenhändler und Großkunden, OGKs. Zur zweiten Gruppe gehören 14 regionale Stromerzeuger TGKs, die neben Strom auch Fernwärme produzieren. Zusätzlich wurden die Wasserkraftwerke in eine eigene Holding überführt. Die Leitungsnetzwerke wurden dem Föderalen Netzwerkunternehmen (Federalnaja Setewaja Kompania, FSK) übergeben, das elf überregionalen und 56 regionale Netzbetreiber umfasst. Die Atomkraftwerke blieben unreformiert im staatlichen Besitz. Die vier bereits in den 1990er Jahren unabhängigen regionalen Strommonopolisten (Bashenergo, Tatenergo, Novosibirskenergo und Irkutskenergo) bleiben ebenfalls unreformiert unter der Kontrolle der jeweiligen Regionalverwaltungen.

Für den liberalisierten Stromhandel wurde im Bereich Endverbraucherbelieferung der Systemoperator »SO-ZDU« geschaffen. Außerdem wurde ein Regulierungsorgan (ATS, ab 2008 unter der Bezeichnung Sowjet Rynka) gebildet, das folgende Aufgaben bekam: Ausarbeitung einheitlicher Regeln für den Strommarkt, Wettbewerbskontrolle und Liberalisierung des Außenhandels mit Strom. Zu den Mitgliedern gehören Vertreter der Regierung, des Energieministeriums, der Stromerzeuger und der Stromhändler, wobei das Energieministerium die Leitung innehat und ein Vetorecht besitzt.

In der zweiten Phase (2006–2008) wurden die neu gebildeten Stromerzeuger auf Privatisierungsauktionen verkauft. Der größte Käufer war der staatlich kontrollierte Erdgasmonopolist Gazprom, der sieben Stromerzeuger erwarb, die in einer Tochterfirma zusammengefasst wurden. Das neue Unternehmen hat einen Anteil von 30 % an der russischen Stromproduktion und ist damit eines der größten Energieunternehmen Russlands. Zweitgrößter Käufer wurde das Unternehmen IES – Holding (Integrated Energy Systems), das dem russischen »Oligarchen« Viktor Wekselberg gehört und die Aktienmehrheit an vier Stromproduzenten erwarb, die zusammen einen Anteil von über 10 % an der russischen Stromproduktion besitzen. Zusätzlich erwarben die privaten russischen Unternehmen Lukoil (Erdöl), SUEK (Kohle) und Norilsk Nickel (Buntmetalle) die Mehrheit an insgesamt sechs Stromproduzenten. Außerdem sind mit den deutschen Firmen E-ON und RWE, der italienischen Enel und der finnischen Fortum drei große ausländische Unternehmen in größerem Umfang in die russische Stromwirtschaft einge-

stiegen. Einen Überblick gibt die Tabelle auf S. 24. Die Übernahme von 60 % der Aktien des Stromerzeugers OGK-4 durch E-ON wurde von Tschubajts als »größtes Geschäft im russischen Energiesektor« bezeichnet.

Nach Abschluss der Privatisierungsauktionen sind die Stromerzeuger vollständig privatisiert. Der Produzentenmarkt wird von Gazprom und IES dominiert. Dementsprechend stießen die Pläne von Gazprom, das Stromgeschäft mit SUEK zusammenzulegen, Anfang des Jahres auf heftige Kritik von Seiten der russischen Wettbewerbshüter und wurden deshalb nicht weiter verfolgt. Im Ergebnis gibt es weiterhin fünf russische und vier ausländische Großinvestoren in der russischen Elektrizitätswirtschaft. Der russische Staat hält noch 75 % der Aktien des Föderalen Netzwerkunternehmens und des Systemoperators, über 60 % an der Holding der Wasserkraftwerke und 100 % an der Holding der Atomkraftwerke und an »InterRAO EES«, das für den internationalen Stromhandel zuständig ist.

Nach Einschätzung der russischen Regierung müssen in die Elektrizitätswirtschaft bis 2020 über 400 Mrd. USD investiert werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Bau von Atom- und Kohlekraftwerken, um den heimischen Erdgasverbrauch zugunsten des Exports zu reduzieren. Ministerpräsident Wladimir Putin hat angekündigt, dass aus dem staatlichen Haushalt bis Ende 2015 insgesamt 126 Mrd. USD in den Bau neuer Atomkraftwerke investiert werden sollen. Ab 2016 wird die Finanzierung von der Stromindustrie selbst getragen. Durch den Bau von insgesamt 26 Atomkraftwerken soll sich der Anteil der Atomenergie an der russischen Stromproduktion bis 2030 verdoppeln.

Preisliberalisierung

Parallel zur Privatisierung wurde auch die Preisliberalisierung auf dem Strommarkt verfolgt. Zum 1. September 2006 traten neue Regeln in Kraft, die industriellen Großkunden eine freie Anbieterwahl erlauben. Die Frage, ob dabei auch die Preise freigegeben werden sollten, wurde kontrovers diskutiert. Der Föderale Dienst für Tarife, der auch für den Erdgaspreis zuständig ist, wollte die Preiskontrolle übernehmen. EES wollte eine freie Preisbildung, um die Wirtschaftlichkeit von Investitionen zu garantieren. Letztendlich wurde die Verantwortlichkeit für die Preisregulierung an das Energieministerium und den von ihr geleiteten Sowjet Rynka übergeben.

Es wird jetzt eine Obergrenze für die Strompreise gesetzt. Gleichzeitig wurde aber erlaubt, für Strom, der von neu gebauten Kraftwerken erzeugt wurde, einen wirtschaftlich vertretbaren Preis zu verlangen.

Gleichzeitig wurden neben den zwei zentralen Preiszonen (europäischer Teil/Ural sowie Sibirien) eine Reihe von Regionen ohne Preisregulierung gelassen. Dazu gehören die Region Kaliningrad, der Ferne Osten, die Republik Komi und die Region Archangelsk. Insgesamt werden derzeit etwa drei Viertel des russischen Stroms auf der Grundlage der staatlichen Tarife verkauft. Die Regierung plant eine allmähliche Erhöhung des liberalisierten Marktanteiles und will bereits 2011 die volle Liberalisierung der Strompreise erreichen. Das Wirtschaftsministerium rechnet bis dahin mit einem Anstieg der Strompreise um etwa 25 %.

Genau wie bei den Erdgaspreisen hat aber auch bei den Strompreisen der starke Anstieg zu einer erneuten politischen Debatte um die Liberalisierung geführt, da die Inflationsgefahr, die soziale Belastung der Bevölkerung und die steigenden Produktionskosten der Industrie als Argumente für eine Rücknahme der Liberalisierungspläne angeführt wurden. Die Stromproduzenten sehen dadurch die Rentabilität ihrer Investitionen gefährdet.

Der resultierende Interessenkonflikt eskalierte im September 2008, als die Strompreise des Moskauer Stromproduzenten Mosenergo von der Regulierungsbehörde herabgesetzt wurden. Mosenergo hatte mit 16,6 USD/MW de facto eine Verdoppelung des Strompreises vorgesehen. Die Regulierungsbehörde forderte, den vorgesehenen Preis um min-

destens 30 % zu senken. Gazprom kritisierte diese Forderung als Mehrheitseigner von Mosenergo scharf. Im Ergebnis wurde eine Reduzierung um 20 % vereinbart. Viele Stromproduzenten forderten daraufhin von der Regierung klarere Richtlinien für die Preisbildung und drohten mit einer Rücknahme ihrer Investitionsprogramme.

Resümee

Im Ergebnis sind aus einem natürlichen Monopol mehrere kleinere Monopole entstanden, wobei der Staat durch seine Kontrolle über die Atom- und Wasserkraftwerke sowie den Netzbetreiber zum Hauptakteur am Strommarkt geworden ist. Der zweite große Akteur ist der staatlich kontrollierte Erdgasmonopolist Gazprom durch seinen Einstieg in die Stromproduktion. Die Privatisierung der Stromwirtschaft war also eher eine Teilprivatisierung.

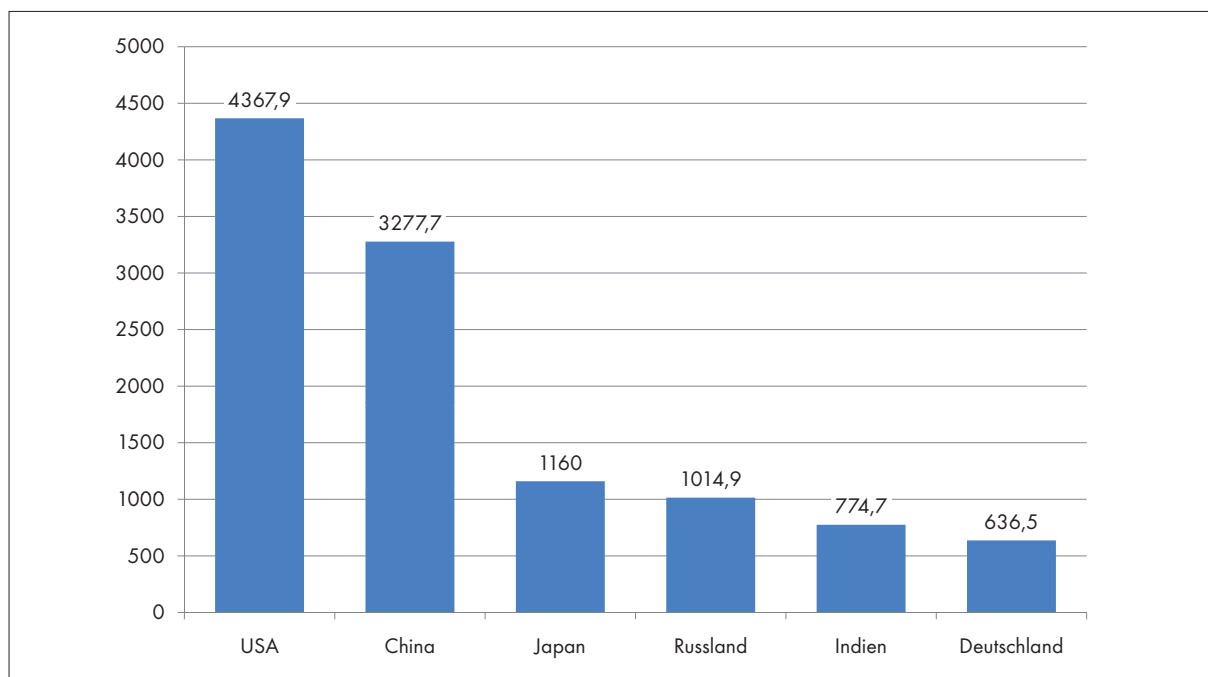
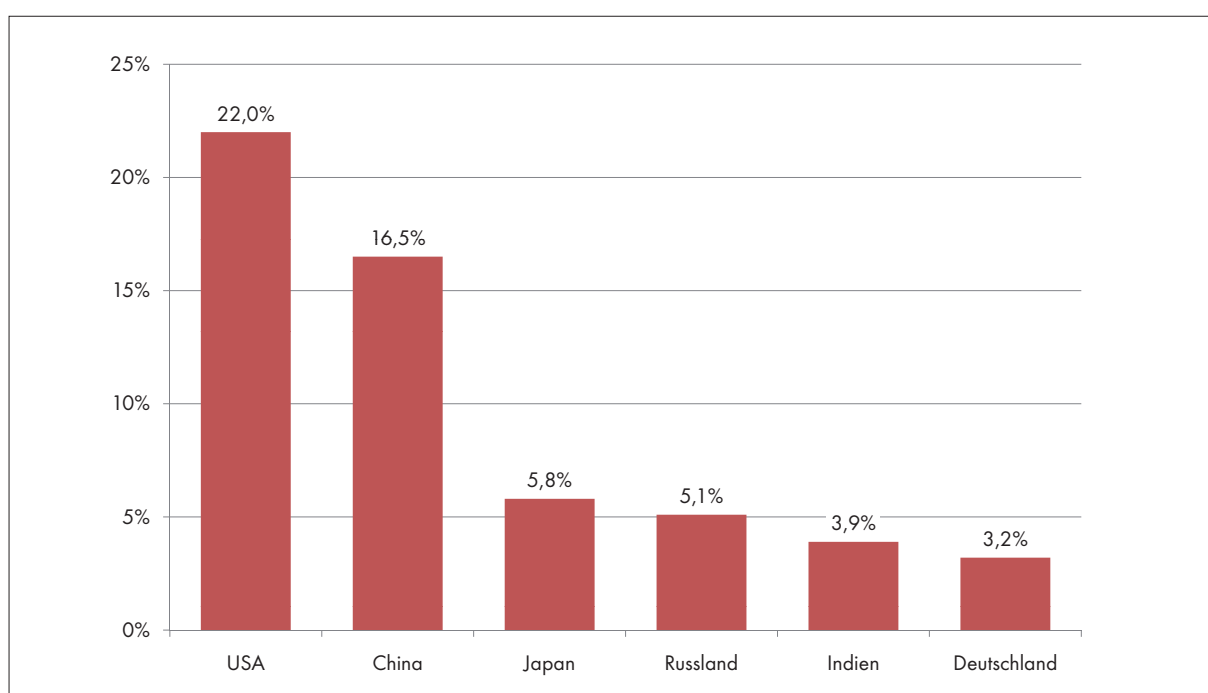
Gleichzeitig hat die Liberalisierung den Strommarkt ohne klare und transparente Regeln bezüglich Netzzugang und Preisbildung gelassen. Die Gesetzgebung ist vage und lässt der Regierung großen Spielraum. Die Schaffung des nichtstaatlichen Regulierungsorgans »Sowjet Rynka« ändert daran nicht wesentlich etwas, da die Regierung sich ein Vetorecht vorbehalten hat. Deshalb ist davon auszugehen, dass die volle Liberalisierung des russischen Strommarktes so schnell wie geplant nicht realisiert werden wird.

Über die Autoren

Dr. Julia Kusznir und Dr. Heiko Pleines sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

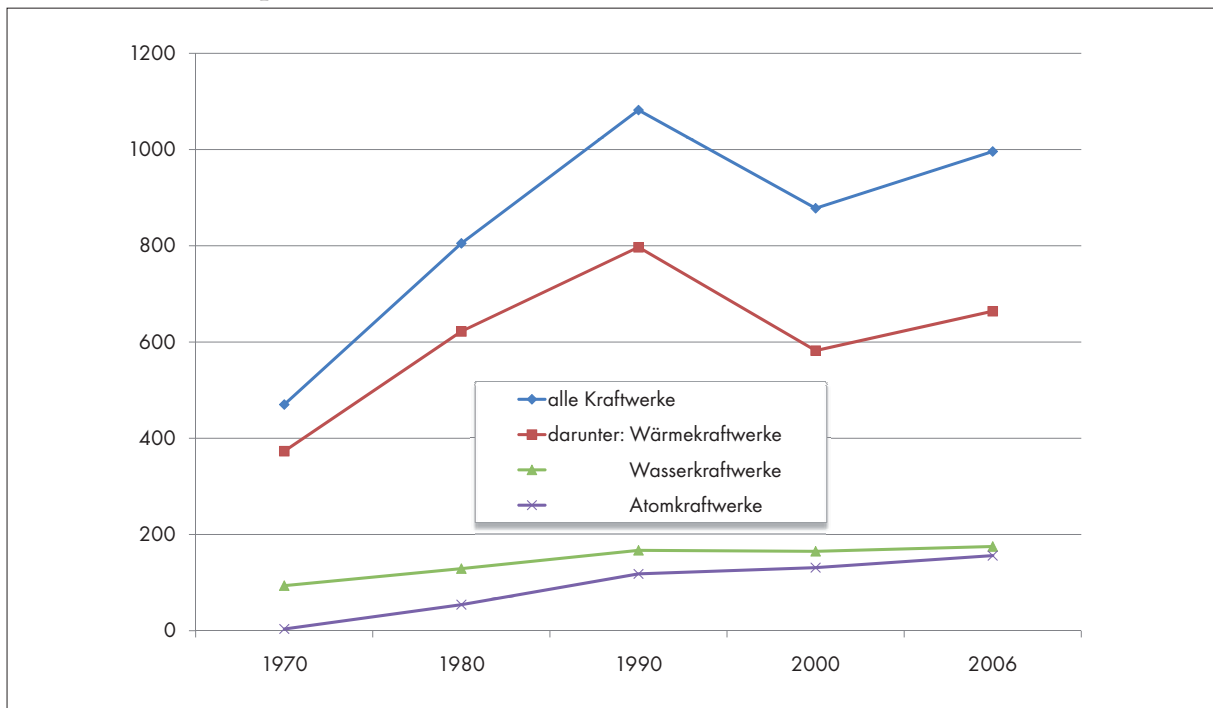
Lesetipps

- OECD, OECD Reviews of Regulatory Reform: Russia (Paris: OECD, 2005)
- International Energy Agency, Russian Electricity Reform: Emerging Challenges and Opportunities (Paris: IEA, April 2005)
- William Tompson: Die Reform der russischen Elektrizitätswirtschaft, Russlandanalyse 72/2005, S. 2–4
- Susanne Wengle: Power Politics: Electricity Sector Reform in Post-Soviet Russia, Russian Analytical Digest 27/2007

Tabellen und Grafiken zum Text
Statistiken und Daten zur russischen Elektrizitätswirtschaft
Russische Stromerzeugung im internationalen Vergleich (2007, in Terawattstunden)

Russische Stromerzeugung im internationalen Vergleich (2007, in Prozent der Weltproduktion)


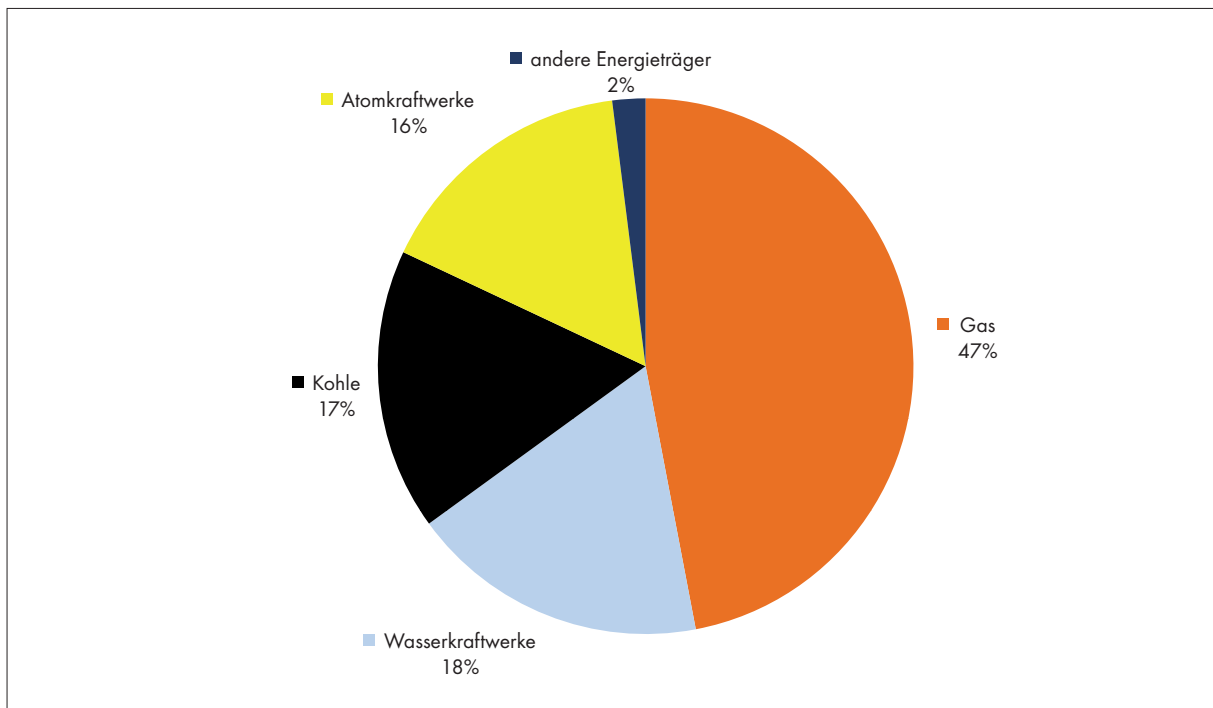
Quelle: BP Statistical Review of World Energy, Juni 2008. <http://www.bp.com/statisticalreview>

Die russische Stromproduktion 1970 – 2006 (in Mrd. kw/h)



Quelle: Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation, 2007

Anteil einzelner Energieträger an der russischen Stromproduktion



Quelle: RAO UES Russland, 2007

Russische Strombilanz 2001 und 2006 (in Mrd. kw/h)

	2001	2006
Gesamtproduktion	891,3	995,8
Importe	9,8	5,1
Gesamtverbrauch	875,4	980,0
darunter:		
Industrie	462,8	534,1
Landwirtschaft	63,0	16,8
andere Wirtschaftssektoren, Transport, Haushalte und Übertragungsverlust	349,6	429,1
Exporte	25,7	20,9

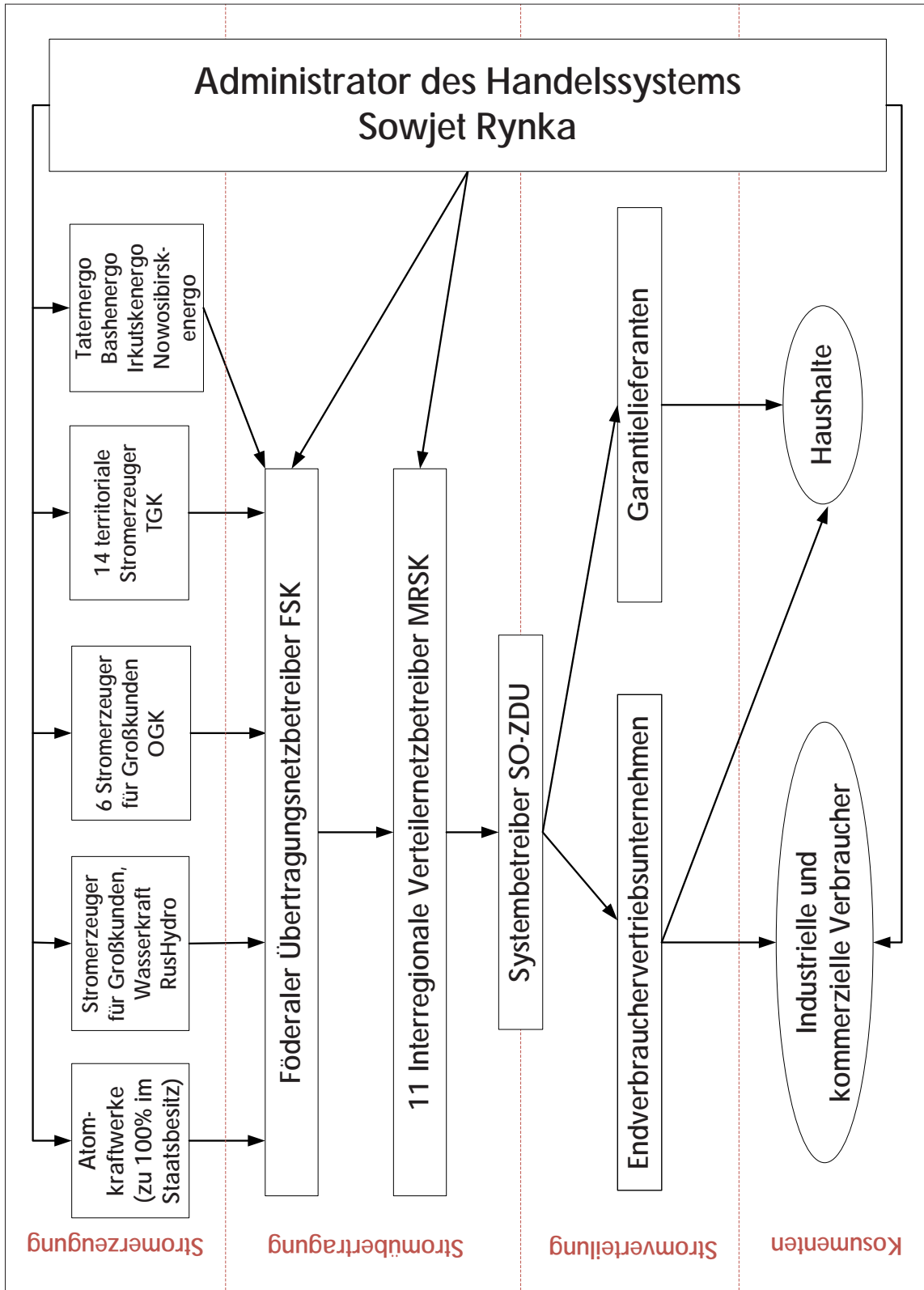
Quellen: Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation, 2002; Statistisches Jahrbuch der Russischen Föderation, 2007.

Stromerzeuger Russlands im Überblick

Stromerzeuger	Installierte Leistung, GWt	Energieträger	Hauptaktionär
Rosenergoatom	23	Atomkraft	Russische Föderation
RusGidro	22	Wasserkraft	Russische Föderation
Mosenegro (TGK-3)		Erdgas, Kohle	Gazprom
Irkutskenergo	13	Wasserkraft, Kohle	Russische Föderation
TGK-3	11	Erdgas	Gazprom
OGK-1	10	Erdgas	RusGidro, Fortum
OGK-6	9	Erdgas, Kohle	Gazprom
OGK-2	9	Erdgas, Kohle	Gazprom
OGK-5	9	Erdgas, Kohle	Enel
OGK-4	9	Erdgas, Kohle	E.ON
OGK-3	9	Erdgas	Norilsk Nickel
Tatenergo	7	Erdgas	Republik Tatarstan
TGK-7	7	Erdgas	Integrated Energy Systems (IES)
TGK-1	6	Erdgas, Wasserkraft	Gazprom
Far Eastern Generating Company	6	Kohle	Siberian Coal Energy Company (SUEK)
Baschkirenergo	5	Erdgas	Republik Baschkortostan
TGK-12	4	Kohle	Siberian Coal Energy Company (SUEK)
TGK-6	4	Erdgas	Integrated Energy Systems (IES)
TGK-8	3	Erdgas	Lukoil
TGK-4	3	Erdgas	Gazprom
TGK-5	3	Erdgas	Integrated Energy Systems (IES)
TGK-9	3	Erdgas	Integrated Energy Systems (IES)
Nowosibirskenergo	3	Kohle	Russische Föderation
TGK-10	3	Erdgas, Kohle	Fortum
TGK-13	3	Kohle	Siberian Coal Energy Company (SUEK)
TGK-2	3	Erdgas	RWE AG
Inter RAO UES	2	Erdgas	Russische Föderation
TGK-11	2	Erdgas, Kohle	Gazprom
TGK-14	1	Kohle	Norilsk Nickel

Quelle: NewsBase Archiv, www.newsbase.com

Die Struktur der russischen Elektrizitätswirtschaft, 2008



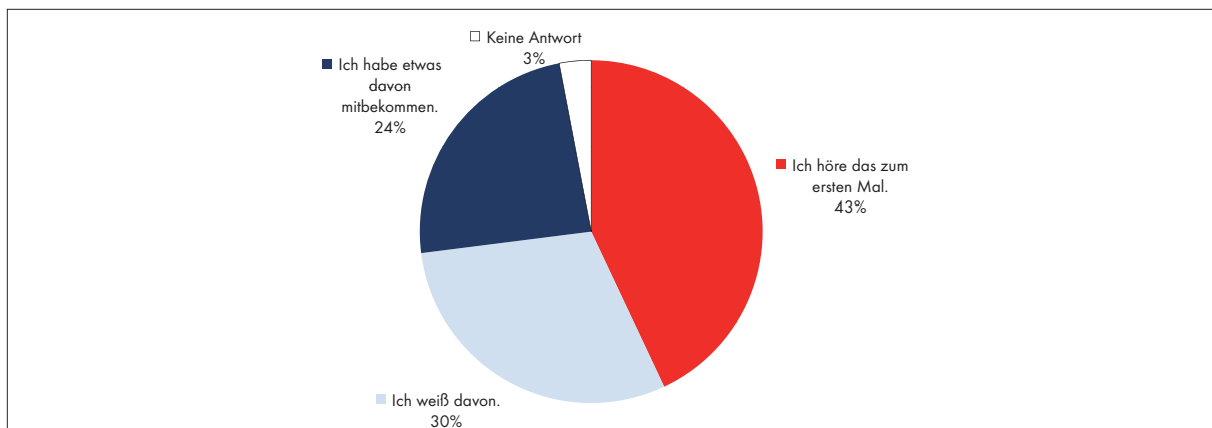
Umfrage

Die Haltung der russischen Bevölkerung zur Reform der Elektrizitätswirtschaft

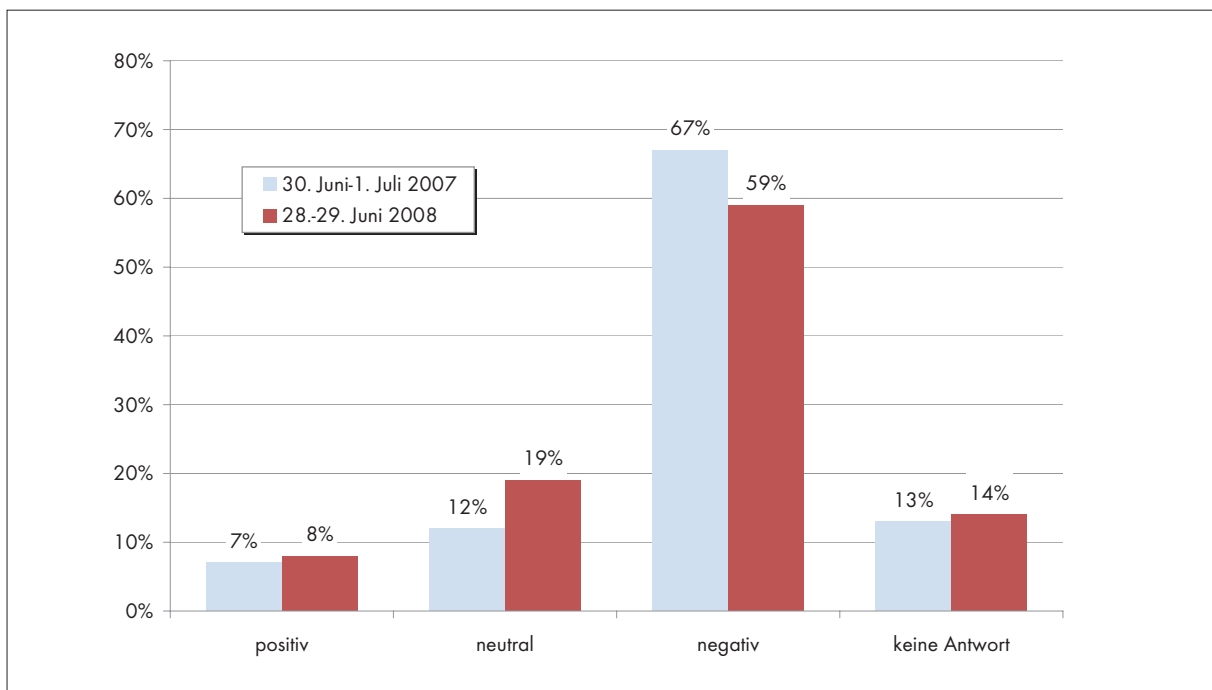
Quelle: Umfrage der Stiftung „Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 28.-29. Juni 2008

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0826/d082622>

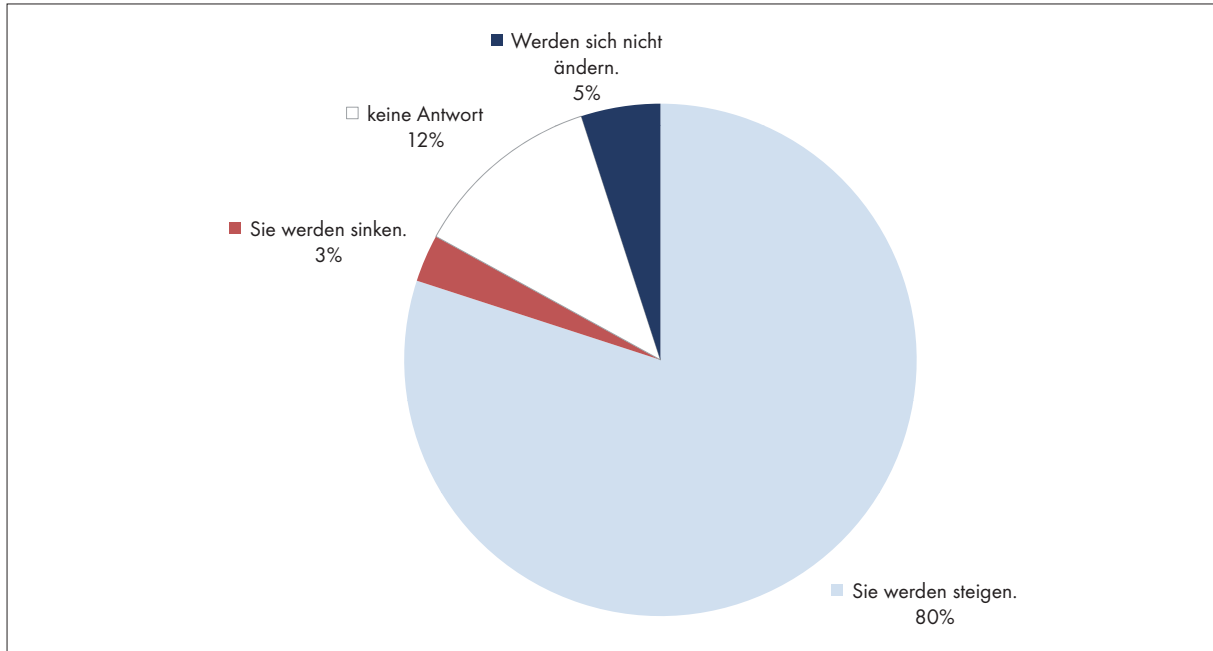
Grafik 1: EES war das größte russische Unternehmen, das im Bereich Stromerzeugung und -übertragung tätig war. Haben Sie schon davon gehört oder hören Sie jetzt zum ersten Mal, dass EES am 1. Juli 2008 aufgelöst wird?



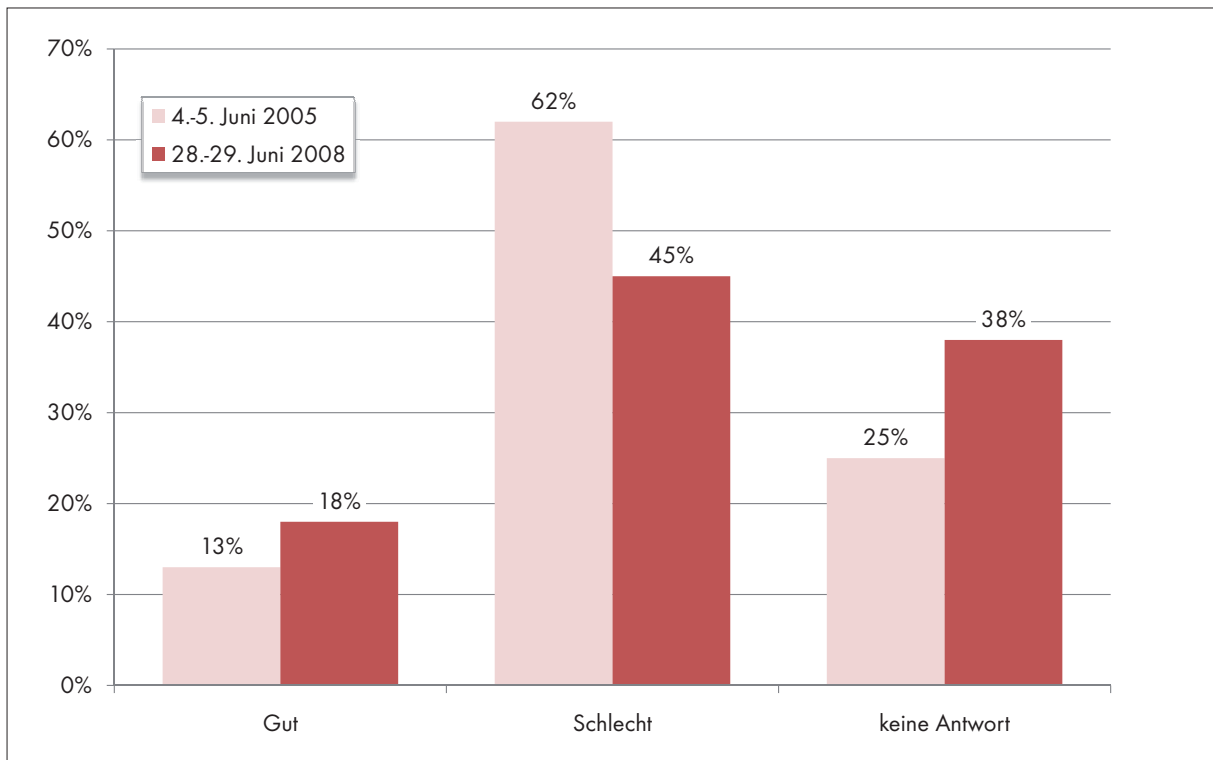
Grafik 2: Kraftwerke, Überlandleitungen und Verteilernetze waren im Besitz von EES. Die Reform zielt auf die Übertragung von Kraftwerken an unabhängige Stromproduzenten (Privatunternehmen) ab. Wie würden Sie diesen Plan bewerten?



Grafik 3: Was meinen Sie, werden sich die Strompreise nach der Reform verändern? Und wenn ja, werden sie steigen oder sinken?



Grafik 4: An der Spitze von EES stand Anatolij Tschubais. Wie gut bzw. wie schlecht erfüllte er seine Aufgaben als Geschäftsführer?



Chronik

Vom 18. September bis zum 2. Oktober 2008

18.9.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew weist die russische Regierung an, bis zu 500 Mrd. Rubel (ca. 14 Mrd. Euro) zur Stützung der Aktienmärkte bereitzustellen. Die Hälfte dieser Summe soll sofort aus dem Haushalt bereitgestellt werden. Zuvor schon hat die Zentralbank die Mindestreserven gesenkt, die Banken halten müssen. Das Finanzministerium parkt vorübergehend freie Gelder aus der Staatskasse bei den Geschäftsbanken – die Gesamtsumme wird auf 1,5 Bln. Rubel (ca. 40 Mrd. Euro) erhöht.
18.9.2008	U.S. Secretary of State, Condoleezza Rice, spricht vor dem German Marshall Fund über die Beziehungen zwischen Russland und den USA.
19.9.2008	In Moskau wird Magomed Chamchojew, ein inguschischer Oppositioneller, in kritischem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert, nachdem er den maskierten Personen, die ihn entführt und gefoltert hatten, entflohen war. Dies scheint einer von mehreren Fällen gewesen zu sein, bei denen Inguschen in Moskau verschwunden sind.
19.9.2008	Das U.S. State Department veröffentlicht den »International Religious Freedom Report 2008«.
22.9.2008	Die Onaksim-Gruppe, deren Hauptaktionär Michail Prochorow ist, erwirbt für 500 Mio US-Dollar 50 %–1 Aktie der Bank Renessans Kapital.
22.9.2008	In Russland beginnt die Großübung »Stabilität 2008«, an der 50.000 Soldaten beteiligt sind, und die bis zum 21. Oktober andauern wird. Dabei sollen Führungsstrukturen der russischen Streitkräfte üben, »bewaffnete Konflikte zu beseitigen« und »die strategische Stabilität« zu wahren. Neben Stäben sind auch Truppen der Land- und Luftstreitkräfte (einschließlich belarussischer Einheiten) sowie Flotteneinheiten an dem Manöver beteiligt. Im Rahmen der Übung wird der Kreuzer »Peter der Große« mit einem kleinen Flottenverband im Atlantik, im Mittelmeer und in der Karibik Präsenz zeigen.
22.9.2008	Admiral Michael Mullen, Vorsitzender der U.S. Joint Chiefs of Staff, erklärt, dass eine Fortsetzung der militärischen Kooperation mit Russland für die USA auf lange Sicht vorteilhaft sei.
22.9.2008	In Nasran (Inguschetien) werden drei unbekannte Personen erschossen aufgefunden.
23.9.2008	Transparency International veröffentlicht seinen Corruption Perception Index 2008. Darin rangiert Russland unter 180 Ländern auf Platz 147 zwischen Bangladesch und Kenia.
24.9.2008	Während des Besuchs der Fernostregion ehrt Präsident Dmitrij Medwedjew in Magadan auch die Opfer der Stalinschen Säuberungen, indem er an der »Maske der Trauer«, einer Skulptur, die an den Gulag erinnert, einen Kranz niederlegt.
24.9.2008	Russland sagt das Treffen der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats (Großbritannien, Frankreich, USA, Russland, China) plus Deutschland ab, auf dem über eine neue Runde von Sanktionen gegen Iran beraten werden sollte, nachdem das Land sich weigert, mit der UN-Atomaufsichtsbehörde zusammenzuarbeiten. Westliche Quellen vermuten, dass die Differenzen die Folge der US-Kritik am Verhalten Russlands in Georgien seien.
24.9.2008	In New York treffen der russische Außenminister Sergej Lawrow und seine amerikanische Amtskollegin Condoleezza Rice am Rand der UN-Generalversammlung zusammen und erörtern das weitere Vorgehen gegenüber dem Iran.
25.9.2008	Der frühere Duma-Abgeordnete Ruslan Jamadajew, dessen Clan in Opposition zum tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow steht, wird in Moskau in der Nähe des Weißen Hauses niedergeschossen. Sein Beifahrer, der pensionierte Generaloberst Sergej Kirsun, ehemals Kommandeur der russischen Truppen in Tschetschenien, wird schwer verletzt.
26.9.2008	Viktor Belych tritt aus der Union der rechten Kräfte aus und als ihr Vorsitzender zurück. Er begründet seine Entscheidung damit, dass der Kreml versuche, aus der Union eine gefügige Oppositionspartei zu formieren.

26.9.2008	Der Leiter der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Luc van den Brande, erklärt nach seiner Rückkehr aus Zschinwali, dass es in Südossetien keinen Genozid gegeben habe
26.9.2008	Präsident Dmitrij Medwedjew empfängt in Orenburg den Präsidenten Venezuelas, Hugo Chavez, und vereinbart mit ihm eine verstärkte Kooperation im Energie- und Rohstoffsektor. Darüber hinaus bietet er einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar für Waffenkäufe an.
27.9.2008	Die russischsprachige Internetseite »ingushetiya.ru«, deren Betreiber Magomed Jewlojew am 31. August in Polizeigewahrsam an den Folgen eines Kopfschusses gestorben ist, wird entsprechend einem Gerichtsurteil vom 6. Juni geschlossen. Die Redaktion führt ihre Arbeit auf der Seite »ingushetia.org« weiter.
27.9.2008	In Machatschkala (Dagestan) kommt eine Frau ums Leben, als neben ihr in einem Mülleimer eine Bombe explodiert. Die Insassen eines Polizeiautos, das in diesem Moment die Explosionsstelle passiert, bleiben unverletzt.
29.9.2008	Der südkoreanische Staatschef Lee Myung-bak kommt zu Besuch nach Moskau.
29.9.2008	Michail Kasjanow, Vorsitzender der Partei »Das Volk für Demokratie und Gerechtigkeit«, reicht in Straßburg beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage gegen den russischen Staat ein, weil dieser die Registrierung seiner Partei abgelehnt habe, mit der Begründung, in den Unterlagen gäbe es Ungenauigkeiten.
30.9.2008	Abermals werden kurz nach Öffnung des Handels die Börsen Micex und RTS geschlossen. Die Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde verbietet Leerverkäufe, um die Spekulation einzudämmen.
30.9.2008	Auf den Innenminister Inguschetiens Mussa Medow wird in Nasran während einer Autofahrt ein Bombenanschlag verübt. Er und seine Begleiter bleiben unverletzt, vier Personen sterben.
30.9.2008	In Chabarowsk wird das 3. Fernost-Wirtschaftsforum eröffnet, auf dem eine Entwicklungsstrategie für die östlichen Teile des Landes erarbeitet werden soll.
1.10.2008	Die EU-Beobachtermission zur Überwachung der Waffenruhe in Georgien nimmt ihre Arbeit auf. Kurzzeitig wird sie von einem russischen Militärposten daran gehindert, die sogenannte Pufferzone um Südossetien zu betreten. Georgische Journalisten haben auch weiterhin keinen Zutritt zu dieser Zone.
1.10.2008	Der 8. Petersburger Dialog wird im Festsaal der Petersburger Universität eröffnet. Führende Vertreter von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aus Russland und Deutschland treffen sich hier zum Gedankenaustausch. Michail Gorbatschow muss seine Teilnahme wegen Terminschwierigkeiten absagen.
1.10.2008	Der Leiter der Kriminaldienstabteilung des Innenministeriums in Nordossetien Witalij Tschaldijew wird am Rande der Stadt Wladikawkas in seinem Auto erschossen. Mit ihm stirbt sein Sohn.
1.10.2008	Da weder Russland noch die Ukraine ihren Ausstieg aus dem 1997 unterschriebenen Freundschaftsvertrag bekannt geben, verlängert dieser sich um weitere zehn Jahre.
1.10.2008	Die Parlamentarische Versammlung des Europarates lehnt die Beschränkung der Vollmachten der russischen Delegation, die von 24 Abgeordneten im Zusammenhang mit dem Konflikt um Südossetien beantragt worden war, ab.
2.10.2008	Nachdem die Gold- und Devisenreserven Russlands im September im Rahmen der Finanzkrise stark geschrumpft waren, sind sie nun erstmals wieder gestiegen (um 3,4 Mrd. US-Dollar auf 562,8 Mrd. US-Dollar), berichtet die Zentralbank.
2.10.2008	Das Parlament Südossetiens ratifiziert einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe mit Russland. Darin wird das Betreiben von Armeestützpunkten auf dem Gebiet des Vertragspartners erlaubt und Russland verspricht seine Hilfe bei der Grenzsicherung.

Die Russland-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de